

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal 75 Pf.  
Postzeitungsnummer 1657.  
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten das Blatt gratis.

Redaktion:  
**V. Umbreit,**  
Marktstraße Nr. 15, II.  
Hamburg 6.

### Aus der Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Unter dem Titel „Dennoch!“ hat Prof. W. Sombart seine im volkshühnlichen Lehrkursus zu Breslau gehaltenen vier Vorträge in Buchform herausgegeben\* und dieselben dadurch in neuer ergänzender Bearbeitung weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Das „Correspondenzblatt“ hat bereits damals den Hauptinhalt der Vorträge nach einem sehr ausführlichen, von Sombart selbst als Meisterstück der Berichterstattung bezeichneten Bericht der Breslauer „Volkswacht“ wiedergegeben\*\* und zahlreiche Gewerkschaftsorgane haben diese Ausführungen weiter verbreitet, nicht deshalb, weil sie mit Allem, was Sombart sagte, völlig einverstanden sein konnten, sondern weil ein hervorragender Vertreter der Wissenschaft darin die Sache der Gewerkschaften mit durchschlagender Beweisskraft gegenüber Denen verteidigt, die diesen je eher, um so lieber die Existenz untergraben würden. Umso mehr wird von Allen, die den Auszug der Sombart'schen Vorträge mit Zustimmung und Widerspruch, jedenfalls aber mit ungetheiltem Interesse gelesen haben, das Erscheinen des Gesamtinhaltes begrüßt werden, und wir können nur lebhaft wünschen, daß das verhältnismäßig billige Büchlein, das in gedrängter Kürze mancherlei werthvollen Agitationsstoff bietet, in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen möge. Die Vortragsform ist auch in dieser Veröffentlichung beibehalten worden, wodurch das Verständnis der Ausführungen sehr erleichtert wird.

Im ersten Vortrag kennzeichnet Sombart das Wesen der Gewerkschaften im Gegensatz zu anderen Berufsorganisationen der Vergangenheit und Gegenwart als Organisationen der Lohnarbeiter nach Berufen und Berufsgruppen im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Als ihre Aufgaben bezeichnet er 1) die Fürsorge für den Arbeiter oder die Seinigen in Zeiten unfreiwilliger Arbeits-, bezw. Erwerbslosigkeit und 2) die Fürsorge für den Arbeiter in Zeiten der Arbeit und Erwerbsfähigkeit. Die erstere Aufgabe finde ihren Ausdruck im Unterstützungs- und Hilfskassenwesen, das freilich auch ohne Gewerk-

schaften bestehen könne und zum Theil vom Staat übernommen sei, daher trotz seiner Bedeutung auch nicht das eigentliche Wesen der Gewerkschaften ausmache. Die eigenartig gewerkschaftliche Funktion sei vielmehr, die Aussichten des Arbeiters bei Festsetzung seiner Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dazu bedarf es der Regulierung des Arbeitsmarktes und der Stärkung der Arbeiter im Kampfe mit den Unternehmern, ersteres durch Organisation des Arbeitsnachweises, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, letzteres durch Stiftung von Widerstandskassen, Fernhaltung des Zuzuges und Arbeitseinstellung. „Man hat die Gewerkschaften Streikorganisationen genannt, — mit demselben Rechte, mit dem man die modernen Heereorganisationen des Krieges nennen kann. Aber die Kriege sind ebenso wenig Zweck unserer Rüstungen, wie die Streiks Zweck der Gewerkschaften; beides sind vielmehr nur Mittel zum Zwecke der Machterhaltung.“ Als geeigneter Ersatz (richtiger wohl als Ziel) des Streiks tritt die kollektive Vertragsschließung hervor. So gelangte man zu Einrichtungen, die zwar hier und da auch ohne Streik erreicht werden können, für die aber die Bezeichnung als solche zur Vermeidung und Beilegung von Arbeitseinstellungen nicht das Richtige trifft. Denn nicht der Frieden an sich, nicht die Harmonie um jeden Preis, sondern die Bessergestaltung der Arbeitsbedingungen ist der Zweck der Tarifgemeinschaften, die in England bereits zu hoher Blüthe gelangt sind.

Im zweiten Theil der Vorträge schildert Sombart die Entwicklung der englischen Gewerksvereine, ihre rechtliche Anerkennung und ihre Wirksamkeit, besonders aber die Methoden ihrer Vertragsschließung durch Einigungskammern, vorübergehende und dauernde Schiedsgerichte, Tarifränter etc. Solange es sich bei Differenzen über Tarife und Löhne bloß um rechnungsmäßige Feststellungen handelt, sind diese Einrichtungen geeignet, eine Einigung der Parteien zu erzielen. Anders jedoch, wenn bei schlechter Konjunktur die Unternehmer die Löhne herabsetzen, die Arbeiter aber einen gewissen Lebenslohn erhalten oder erreichen wollen, oder, wo es sich um ideale Forderungen (Anerkennung der Organisation etc.) handelt. Hier gilt die Kraftprobe als letztes Auskunftsmittel und Einigungsversuche bleiben meist erfolglos. „Wer

\* Verlag von Gust. Fischer, Jena. 121 Seiten. Preis 80 Pfennig.

\*\* Nr. 2 und 3 des „Correspondenzblattes“ d. Jahrg.

der Meinung ist, in den Schiedsgerichten und Einigungskammern sei thatsächlich das Mittel gefunden, um die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern aus der Welt zu schaffen, den haben die Riesenstreiks, die England gerade wieder in den letzten Jahren und zwar in einer Reihe seiner bestorganisirten Industrien erlebt hat, gründlich von seinem Irrthum heilen müssen. Alle Einrichtungen der gedachten Art, sind natürlich niemals im Stande, die Interessengegensätze und damit auch nicht die Streiks zu beseitigen. Daß sie da sind, liefert ja gerade den Beweis, daß auch noch Gegensätzlichkeiten bestehen, und solange diese vorhanden sind, wird niemals die ultima ratio, der wirkliche Kampf von der Erde verschwinden.“\*

Und nun schildert Sombart, wie stark nach außen und vor Allem auch nach innen in der Disziplinierung ihrer Mitglieder die englischen Gewerkschaften sich entwickelten als ein „mächtiger, wohlgefügtter, auf Jahrhunderte des Bestehens berechneter Bau sozialer Organisation“, — nicht als das Grab des Sozialismus, nicht als das Ende selbständiger Arbeiterpolitik, sondern als Bundesgenosse all' dieser Bestrebungen, die wir zusammenfassend die Emanzipationsbedingungen des Proletariats zu nennen gewohnt sind.“ In dieser Beurteilung unterscheidet sich Sombart ganz wesentlich von Brentano, Kulemannn u. A., die in den Gewerkschaften die Todtsünde und Ueberwinder des Sozialismus feiern.

Indes schützt ihn dieser Standpunkt nicht vor Halbheiten in der Beurteilung der Emanzipationsbestrebungen des deutschen Proletariats und vor einer aggressiven Haltung gegen die Sozialdemokratie in seinem 3. Vortrage. In soweit er die Zersplitterung der als Ableger politischer Parteien entstandenen deutschen Gewerkschaften beklagt, auf die ihre verhältnismäßige Schwäche zurückzuführen ist und eine Verfestigung der Gewerkschaftsbewegung von den politischen Parteien verlangt, ist ihm ohne Weiteres zuzustimmen. Auch läßt sich nicht bestreiten, daß in der sozialdemokratischen Partei lange Zeit und von einzelnen Führern selbst heute noch die Gewerkschaften mehr als Werbemittel und Werkzeug der Partei, denn als gleichberechtigte und gleich wirksame Aktion der gesammten Arbeiterbewegung betrachtet wurde und wird.

Nicht berechtigt ist es aber, die sozialdemokratische Partei, eine reine Arbeiterpartei, mit den bürgerlichen Parteien auf dieselbe Stufe zu stellen und einen unvereinbaren Gegensatz zwischen ihrem Programm und den Aufgaben der Gewerkschaften zu konstruieren. Wenn sich auch die letzteren auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft beschränken, so hindert dies doch die Arbeiter nicht, auch darüber hinaus an ferner liegende, allgemein menschliche Ziele zu denken, für dieselben zu kämpfen und dadurch zugleich auch ihrem gewerkschaftlichen Wirken ein idealeres Gepräge zu verleihen. Der

\* Den kritischen Bewunderern obligatorischer Einigungskammern sei dieses zutreffende Urtheil Sombart's besonders zur Beachtung empfohlen.

Glaube an die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung schließt den Glauben an die sozialistische Gestaltung der Gesellschaft nicht aus. Man ist ein sehr nüchterner, in der Er kämpfung hauptsächlich kleiner Etappen fast kleinlicher Vereinler und doch ein weit ausschauender für ferne Ziele kämpfender Politiker sein wird man dann allerdings die Gewerkschaftsbewegung wie Sombart predigt, als Selbstzweck, als eines der Mittel im großen proletarischen Klassenkampfe betrachten, gleichwertig der politischen Aktion, aber dringend nöthig, um die Arbeiterklasse Stufe um Stufe hinaufzuführen. Alle die berufsmäßigen Gewerkschaftler, die Sombart aufführt, die Vertreter des neuen Gewerkschaftsbewegung, sind weit davon entfernt die Gewerkschaften theoretisch als Selbstzweck zu betrachten, wenn sie auch bisher stets ihre Selbstständigkeit und politische Neutralität erstrebt. Und alle jene „Berufspolitiker“ der Gewerkschaften glauben nicht blos an die Wirklichkeit des Sozialismus, sondern wirken auch dafür, ohne dadurch in ihrer politischen Wirksamkeit auch nur im Mindesten hindert zu sein.

Wenn Sombart sodann als Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung die Ueberwindung des sozialpolitischen Utopismus bezeichnet, der Idee nämlich, den Kapitalismus von heute auf morgen stürzen zu können, verwechselt er diesmal die Wirkung mit der Ursache. Wir wissen im Gegentheil, daß dieser sogenannte Utopismus, der auf wesentlicher Unterschätzung der Lebenskräfte des Kapitalismus beruhte, die Entwicklung der Gewerkschaften keineswegs hindert, daß aber gerade die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung, zum Theil auch ihre vorübergehende Mißerfolge, zu seiner Verflüchtigung beitragen wie andererseits auch ein gewisser nur in gewerkschaftlichen Utopismus durch Nachschläge der Reaktionspolitik oft gerade die realen Grenzen seines Einflusses gewahrt wurde. Die Zurückbildung der Zusammenhänge ist also nicht Vorbedingung, sondern Folge der Gewerkschaftspraxis, zum Theil auch der Erfahrungen des politischen Kampfes selbst. Die Sozialdemokratie hat manche Theorie überwunden und wird noch manche überwinden, ohne daran zu Grunde zu gehen. Gewisse Gegensätze zwischen den Theorien und denen anderer Theorien sind vorhanden und waren zu jeder Zeit vorhanden. Ein Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung besteht jedoch nicht und kann und wird auch in Zukunft nicht entstehen, nicht deshalb weil Beide auf einander angewiesen sind, sondern weil Beide der natürliche Ausdruck desselben bürgerlich-kapitalistischen Interesses entgegengegesetzten Arbeiterinteresses, verschiedene Formen desselben Klassenkampfes sind.

Im letzten Vortrage untersucht Sombart den Nutzen der Gewerkschaften für ihre Mitglieder in den Erhöhungen der Löhne, Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister und Sonntagsarbeit, der Einführung fester Lohn- und Arbeitstarife, vor Allem aber in der Verkürzung der Arbeitszeit findet. Auch den Unorganisierten

haftsbewegung  
ialistische Um-  
s. Man kann  
fung und Be-  
licher Gewerk-  
chauender und  
er sein. Nur  
verkschaft nicht,  
weck, sondern  
proletarischen  
thig der politi-  
thig, um die  
inaufzurufen.  
ter, die Som-  
en Geistes der  
abon entfernt,  
elbst zw eck  
stets ihre Ver-  
eutralität er-  
politiker“ der  
an die Ver-  
n wirken und  
n ihrer prof-  
Mindesten be-

Voraus-  
wicklung der  
windung  
topismus  
Kapitalismus  
können, so  
it der Ursache.  
er sogenannte  
schätzung der  
te, die Ent-  
egs hinderte,  
Gewerkschafts-  
übergehenden  
g betrugten,  
nur ge-  
s durch die  
st genug an  
es gemahnt  
nmenbruchs-  
g, sondern  
spraxis,  
s politischen  
ie hat schon  
noch manche  
zu gehen.  
rettern dieser  
handen und  
n Gegensatz  
Gewerkschafts-  
n und wird  
ht deshalb,  
nd, sondern,  
ffelben dem  
gegenseitigen  
n desselben

Sombart den  
Mitglieder,  
Abschaffung  
ter und der  
Lohn- und  
Verfürzung  
organisierten

nügen die Gewerkschaften, die ein gut Theil ihres Kampfes für die Draußenstehenden mitkämpften. Zu Recht werde zwar gegen die Gewerkschaften im Namen der Unorganisierten der Vorwurf erhoben, daß sie diese in der Verwerthung ihrer Arbeitskraft und damit in ihrer persönlichen Freiheit dann hindern, wenn sie sich in Widerspruch mit den Interessen der Organisierten setzen. Es sei indeß vor übertriebenen Vorstellungen zu warnen, als ob die ganze Lebensgeschichte jedes einzelnen Nicht-Gewerkvereiners eine ununterbrochene Kette empfindlicher Noththeile und Berührungspunkte sei, die er seitens der Organisierten erfahre. Gelegentlich vorkommende Fälle würden ungebührlich aufgebaut. Für den direkten Zwang durch brutale Belästigung könne kaum ein mildernder Umstand angeführt werden, es sei denn das „tout comprendre, c'est tout pardonner“ („Alles verstehen heißt Alles verzeihen“); die Form des indirekten Zwanges aber sei zu vertheidigen oder doch zu entschuldigen, denn keine Korporation könne ohne Genossenschaftslehre und Berrufserklärung gedeihen und es sei verständlich, daß die Arbeiterberufsvereine im Punkt ihrer Ehre und deren Verletzung besonders feinfühlig seien, zumal es sich bei ihnen gleichzeitig um eine empfindliche Schädigung ihrer materiellen Interessen handle. Durch Verbot der Berrufserklärung entziehe man einer Organisation ihr wesentlichstes Schutzmittel. Es genüge, wenn der Unorganisierte denselben Schutz der Gesetze, wie jeder andere Staatsbürger genießt. In die arbeitsvertraglichen Auseinandersetzungen zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern solle sich die Staatsgewalt nicht einmischen, umsoweniger, als den Unorganisierten noch immer der wirklich nicht so schwere Ausweg bleibe, der Organisation beizutreten, um alle Schädigungen zu vermeiden.

Ueber die Frage, ob die Arbeiterinteressen genügend durch die Gewerkschaften vertreten werden, urtheilt Sombart in verneinendem Sinne. Da dieser Theil seiner Ausführungen in unserem früheren Bericht mit besonderer Sorgfalt wiedergegeben wurde, so verweisen wir auf jenen. Nur eins ist in der Schrift schärfer zum Ausdruck gekommen: Sombart's Stellung zur Sozialdemokratie. Er schreibt, nachdem er die Waagezüngelein-Taktik der englischen Gewerksvereine als zweckmäßig erwähnt, daß in Deutschland eine selbstständige Arbeiterpartei zu machtvoller Entwicklung gelangt sei und selbstverständlich nicht wieder aus dem politischen Leben verschwinden werde. „Die Sozialdemokratie als politische Arbeiterpartei ist ein ebenso sicherer Bestandtheil der politischen Zukunft Deutschlands, wie es die Gewerksvereine sein werden. Und es ist einfach Utopismus, wenn Jemand glaubt, durch die Stärkung der Gewerksvereine die Sozialdemokratie beseitigen zu können. Jede Politik, die sich dieses Ziel setzt, ist von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt. Jeder Sturm auf die Sozialdemokratie wird deren Position stärken. Und jeder Freund einer friedlichen,

organischen Weiterbildung unseres Staatslebens wird wünschen müssen: nicht, daß die Sozialdemokratie verschwinde, denn das würde ein frommer Wunsch bleiben, — sondern, daß die Sozialdemokratie zivilisiert werde.“ Unter „zivilisiert“ versteht er nicht das Aufgeben ihrer Endziele, sondern die endgültige Abwendung von dem heute noch vertretenen „sozialpolitischen Utopismus“ (die revolutionäre Verwirklichung des Sozialismus) zu Gunsten einer von ihm vertretenen realpolitischen Auffassung. Uns will bedünken, als ob gerade Sombart, der zwar das Endziel des Sozialismus, nicht aber die Taktik des sozialdemokratischen Programms zu seiner Durchführung billigt, sich über die letzten Formen der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Proletariat in sehr utopistischen Illusionen wiegt. Seine realpolitische Auffassung, durch praktische Reformen jenen Zustand zu erreichen, hat in der Gegenwartsarbeit der Arbeiterpartei längst ihren prägnanten Ausdruck gefunden, allerdings in stetem Kampfe mit dem Staat. Auch der von ihm so hochgepriesene soziale Fortschritt der Zwangsversicherung der Arbeiter durch das Reich ist ein Kampferfolg der Sozialdemokratie.

Die von den Unternehmern behauptete Schädigung ihrer Interessen durch die Gewerkschaften weist Sombart zurück, soweit Lohnsteigerungen in Frage kommen, für die sich der Unternehmer allezeit schadlos halten könne. Anders, wo der Unternehmer eine Einbuße an seiner Selbstherrlichkeit als Fabrikleiter befürchte, denn diese einzuschränken und diese Frage als Machtfrage zu behandeln, sei allerdings der innerste Kern der gewerkschaftlichen Bestrebungen, und man könne dem Unternehmer nur die Ermägung anheimgeben, „sich mit Würde in's Unvermeidliche zu fügen und zu bedenken, daß es eines tüchtigen Mannes würdiger ist, unter Freien als geborener Führer zu walten, als über Sklaven zu herrschen.“ Zu solcher Führerschaft gehört freilich etwas mehr Verstand und Talent, als zur Herrschaft, und wir fürchten, daß die Mehrzahl unserer Kapitalisten und „Königlichen Kaufleute“, wie Sombart sie an anderer Stelle nennt, an dieser Führerschaft wenig Geschmack finden und sich möglichst lange die Herrschaft sichern werden, bis sie sich eben doch in's Unvermeidliche schicken müssen.

Auch die Wirkung der Gewerkschaften auf die Konsumtion übergehen wir. Als letzte Frage untersucht Sombart endlich das Verhältnis der Gewerkschaften zu dem Gemeinschaftsinteresse an dem Gedeihen der nationalen Kultur, — „ob sie geeignet sind, unser gesellschaftliches Zusammenleben höheren Formen zuzuführen und damit unsere soziale Organisation leistungsfähiger zu machen für die Entfaltung von Macht und Kultur? Auch diese Frage bejaht er, indem er rühmt, daß die Gewerkschaften die guten Seiten des Kapitalismus zur Entfaltung bringen durch Steigerung der Produktion, Ausgleich der Unvollkommenheiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Hebung des Wohlstandes der Arbeiter und Verminderung der ökonomischen Abhängigkeit vom kapitalistischen Unternehmer, Kampf um industriellen Konstitutio-

rem Wissen bedarf aber re Arbeiter-Sinne haben zeichnet, und meinten und Zukunft ver-

altung.

nd die

hlenmärkte, onsumieren-ufmerksam-ich gelenkt. rarier, Ge-it Stellung ubzuges in allermeisten ser Kohlen-Druck erst en, — vor-ungen sind, itäten vom ng steigerte selbst nam-Konserve-e laut und e und Dr-n Staats-orderungen, fiskalischen besonders g auslän-sfuhr laut.

sah sich Monats der und das längere, in veröffent-igung der sflußnahme b bedeutet. e, unterdes stellt, eine der Fracht-men. Im die Pro-icht zurück-anuar bis pZt.) und ine weitere ie Einfuhr rjahr um en. Der über dem der Preis-llen; zu-hen Kohle Eine Ein-cks Aus-er würde t, als der

Das Staatsministerium drückt sich dabei um den wesentlichsten Punkt der Kohlenfrage herum, daß nämlich die Kalamität durch eine planmäßig gesteigerte Ausfuhr hervorgerufen wurde. Angesichts der Versuche des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats, sich als völlig schuldlos an der Kohlen-sknappheit zu bezeichnen, ist aber gerade eine Vergleichung der Ausfuhrziffern von Interesse. Da ergibt sich, daß in den ersten Monaten dieses Jahres 7 597 178 Tonnen Steinkohlen (gegen nur 6 676 734 Tonnen im Vorjahre) ausgeführt wurden. Eine Begünstigung der Ausfuhr ist also ganz offenbar und es wird sogar Beschwerde geführt, daß die bekannte Prags, dem Ausland billiger, als den inländischen Konsumenten zu verkaufen, auch von unseren patriotischen Grubenbesitzern zum Schaden des deutschen Volkes geübt werde.

Der „Breslauer Generalanzeiger“ machte dieser Tage auf einen vertraulichen Erlaß des preußischen Handelsministers an die Handelskammern aufmerksam, der die Beschwerden gegen die Praktiken der Kohlengruben behandelt, ausländische Abnehmer zu begünstigen und große Kohlenquantitäten in's Ausland zu exportieren, dagegen ihre Verpflichtungen gegen inländische Abnehmer nur lässig zu erfüllen, Wagenmangel vorzuschützen und die Kohlenpreise zu steigern. Ja, es wird sogar behauptet, daß die Zechen nach dem Auslande zu wesentlich billigeren Preisen verkaufen als an die inländischen Verbraucher, so daß es sich für letztere sogar vorteilhafter stellt, die deutschen Kohlen, statt direkt von den Zechen, aus dem Auslande zu beziehen. Die Handelskammern wurden zu Untersuchungen darüber veranlaßt, um beweiskräftiges Material in dieser Richtung zu erlangen.

Wir trauten unseren Augen kaum, als wir von dieser unerhört kühnen That des Herrn Bresfeld lasen. Leider hatten wir uns auch diesmal getäuscht, denn der Erlaß datirt, wie nachträglich festgestellt wurde, aus dem Jahre 1891 und rührt von Herrn v. Berlepsch her, der seinerzeit weit ernsthafter, als der immer gefällige Herr Bresfeld, gegen die Kohlenwucherer eingriff. Zur Charakteristik des lässigen Verhaltens der gegenwärtigen Regierung ist aber diese Episode ganz vorzüglich geeignet. Auch gegenwärtig sind zweifellos die gleichen Praktiken der Zechen im Spiele, die der damalige Erlaß zum Anlaß hatte. Die Regierung begnügt sich indeß mit einer völlig unzureichenden Maßregel, für die ihr die Grubenbesitzer obendrein dankbar sein können, da sie die öffentliche Entrüstung von den wahren Schuldigen ablenkt.

Skrupellos ist das Zechenkapital seit jeher gewesen, wenn es galt, einen Raubzug gegen die Taschen der Konsumenten auszuführen. Auch heute wird der Patriotismus der Grubenherren nur von ihrem Erwerbstalente übertrifft.

Wie die „Voss. Zeitung“ berichtet, will das rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat von einer Erhöhung der Preise für Industriekohlen in diesem Herbst Abstand nehmen, dagegen auf Gas- und Hausbrandkohlen 25 bis 50 % pro Tonne aufschlagen. Die kleinsten Abnehmer sollen also rücksichtslos übertheuert werden. Und das sind dieselben Leute, die die Lohnforderungen und

Streiks der Arbeiter für die Preissteigerungen der Kohlen verantwortlich machen. Wurde doch den Arbeitern der Vorwurf gemacht, daß sie nur 5 Tage pro Woche arbeiteten, weil ihr Lohn ohnehin für 6 Tage reiche, und die Lohnerhöhungen der Vergleute müssen parodieren, um die Schuld von den Zechenbesitzern und Kohlenhändlern abzuwälzen.

Wie wenig die Lohnerhöhungen an der gegenwärtigen Lage des Kohlenmarktes beteiligt sind, möge folgendes Beispiel illustrieren: Die Grube „Vereinsglück“ im Rosig-Meuselwiger Braunkohlenrevier vertheilte vor Kurzem für Stammaktien 19, für Prioritätsaktien 24 pZt. Dividende (gegen 10 und 18 pZt. im Vorjahre). Die Arbeitslöhne stiegen aber nach den Ausweisen der Knappschaftskasse nur von M. 2,78 auf M. 2,81. Sie betragen im Durchschnitt in den Jahren 1892: M. 2,45, 1893: M. 2,57, 1894: M. 2,60, 1895: M. 2,60, 1896: M. 2,75, 1897: M. 2,66, 1898: M. 2,78, 1899: M. 2,81. Und das ist das einzige bedeutende Revier, in dem die Arbeiter während durch Streik einige Lohnaufbesserungen errungen haben.

Die Bergarbeiter protestierten denn auch am 9. September in einer Versammlung zu Essen lebhaft gegen die unwahre Behauptung der Werkspresse, die wucherischen Kohlenpreise seien den hohen und immer höher steigenden Löhnen der Arbeiter geschuldet. „Hätte die tatsächlich stattgefundenen Lohnsteigerung als Maßstab für die Preisstellung der Kohlen gedient, so würde das deutsche Volk nicht zu klagen haben über den Kohlenwucher. Wir konstatieren, daß z. B. die am 1. April eingetretene Kohlenpreiserhöhung um M. 1 pro Tonne keinen Einfluß auf unseren Lohn hatte, auch nicht durch unsere „Vegehrlichkeit“ verschuldet ist. Eine direkte Lohnerhöhung ist in diesem Jahre überhaupt nicht eingetreten; einzelne Lohnaufbesserungen können garnicht in Frage kommen, da ihnen ebenso viele Lohnreduzierungen entgegenstehen. Wer wissen will, wem die hohen Kohlenpreise zu Gute kommen, der sehe sich die Gewinnziffern der Werke an. Indem wir gegen eine Herabsetzung des Bergarbeiterstandes in der öffentlichen Meinung lebhaft Protest einlegen, fordern wir auch dringend die Kameraden auf, sich geschlossen den bestehenden Verbänden anzuschließen, da nur eine starke Arbeiterorganisation im Stande ist, dem drohenden Lohnrückertartell wie auch überhaupt eine Ausbeutung des Bergarbeiters und des Publikums durch die Kohlenherren erfolgreich entgegenzutreten.“

Die Regierung wird nicht umhin können, sich mehr als bisher mit der Kohlenkalamität zu beschäftigen. Vielleicht geben ihr die Aufträge der Handelskammern dazu den nöthigen Ansporn. Die Breslauer Handelskammer beantragt bereits ein Ausfuhrverbot bis zur vollen Deckung des inländischen Bedarfs. Jedenfalls wird der Reichstag der Frage näher treten und zugleich Gelegenheit geben, die Haltung der Zechenbesitzer einer gehörigen Kritik zu würdigen.

**Staatserwerbstätten als Muster der Arbeiterfürsorge.** Die Spandauer Militärwerk-

nalismus gegen den industriellen Absolutismus und Feudalismus. Den letzteren nennt er ihre eigentlich große historische Mission.

Es bedarf wohl kaum der Hinzufügung, daß alle diese „guten Seiten des Kapitalismus“ nur in hartem Kampfe gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können, und daß die historische Mission der Gewerkschaften daher die Vernichtung des Kapitalisten von gestern zu Gunsten des besseren Kapitalisten von morgen, die sozialistische Umformung des Kapitalismus ist. Darin erblickt Sombart die „spezifisch staats Erhaltende Funktion der Gewerkschaften.“ Der Staat freilich, den Sombart dabei voraussetzt, nämlich einen solchen, der bereit wäre, „das heiße Sehnen der Arbeiter nach Selbstbestimmung in Einklang zu bringen mit den Anforderungen des ökonomischen Fortschritts“, — der Staat existiert noch nicht — er muß von der Arbeiterklasse erst erkämpft, erschaffen werden. Denn es hieße Herrn Sombart beleidigen, wollte man ihm zutrauen, diesen Idealstaat in Preußen-Deutschland zu erkennen. Die Ausführungen seines dritten Vortrages würden dieser Annahme widersprechen.

Der Sombart'sche Idealstaat soll aber Kapitalismus und Sozialismus nicht als sich ausschließende Gegensätze kennen, sondern ihre Ideale „bis zu einem gewissen Grade“ in derselben Gesellschaft verwirklicht finden. Die Einschränkung: „bis zu einem gewissen Grade“ hindert uns, diesen Satz als die letzte Konsequenz Sombart'scher Wissenschaft aufzufassen, obwohl ihm durch Sperrdruck eine hervorragende Bedeutung gegeben werden sollte. Und wenn wir alles Dasjenige, was die Arbeiterklasse an Reformen und Umwälzungen bereits auf politischem, wie wirtschaftlichem Gebiete erkämpft hat, als ein gutes Stück Sozialismus bezeichnen dürfen, so wollen wir über diesen „bis zu einem gewissen Grade“ heute noch zutreffenden Satz nicht weiter rechten. Die Zukunft wird ja lehren, was vom Kapitalismus gegenüber dem vordringenden Sozialismus übrig bleibt.

Eines aber ist schon heute außer jedem Zweifel: im künftigen Wirtschaftsleben der Kulturstaaten wird der Kapitalismus nicht der zunehmende Theil sein und sein Gegensatz zum Sozialismus wird so lange bestehen, als die Interessen des Kapitalisten denen der Lohnarbeiter entgegengesetzt sind. Der Umbildungsprozeß des kapitalistischen Wirtschaftssystems wird sich unter strengen Kämpfen zwischen Kapitalist und Arbeiter, zwischen Unternehmersyndikat und Gewerkschaft, zwischen der Kapitalistenklasse in ihrer politischen Machtverkörperung und der Arbeiterklasse vollziehen und das Endziel dieser Kämpfe wird die Aufhebung des Kapitalismus sein. Die Gewerkschaftsbewegung umfaßt nur einen Theil jenes gewaltigen Ringens nach Macht und Kultur, aber sie wird die ihr obliegende historische Mission erfüllen. Sie wird die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Lohnarbeiter einheitlich zusammenschließen, sie der Vormundtschaft der politisch-feindlichen Parteien entziehen und Stufe um Stufe emporkämpfen. Sie wird die Mitarbeit Derer nicht verschmähen, die das Menschheits- und Kulturinteresse dazu

drängt, sie in ihren Kämpfen mit ihrem Vornehm und Können zu unterstützen. Sie bedarf keiner neuen Wegweiser, denn ihre Arbeiterinteressen im engeren und weitesten Sinne leiten sie bis jetzt stets die richtige Bahn gezeichnet, darauf wird sie sich, trotz aller wohlgemeinter, zweifelhaften Rathschläge, auch in Zukunft verlassen lassen.

## Gesetzgebung und Verwaltung

### Die preußische Regierung und die Kohlennoth.

Die Preistreiberereien auf dem Kohlenmarkt, die eine förmliche Brandschagung des konsumierenden Publikums bedeuten, haben die Aufmerksamkeit aller öffentlichen Kreise auf sich gelenkt. Fabriken, Gemeindeverwaltungen, Agrarier, Geschäftleute haben zu dieser Kalamität Stellung genommen und die Macher dieses Raubzuges durch Entrüstungsprotesten verurtheilt. Am allermeisten leiden aber wohl die Arbeiter unter dieser Kohlennoth, wenn sie auch deren schlimmsten Druck im Laufe des Winters erfahren werden, — Allem jene Arbeiterfamilien, die gezwungen sind, ihren Kohlenbedarf in kleinen Quantitäten Kleinhändler zu decken. Die Entrüstung steigert sich von Woche zu Woche derart, daß selbst in den harten Tagesorganen, vor Allem die den Konfessionen und Agrariern nahestehende Presse laut gegen die Verstaatlichung der Bergwerke und die Nationalisierung der Kohlenvertheilung von Staatswegen forderte. Daneben wurden Forderungen wie Herabsetzung der Kohlenpreise der fiskalischen Gruben, Ermäßigung der Frachttarife, beson- dere für ausländische Kohlen, Heranziehung ausländischer Kohle und Verbot der Kohlenausfuhr laut.

Das preußische Staatsministerium sah sich deshalb gezwungen, zu Anfang dieses Monats die Frage der Kohlennoth näher zu treten, und das Resultat seiner Verhandlungen ist eine längere Nr. 115 der offiziellen „Berl. Corresp.“ veröffentlichte Erklärung, die mehr eine Rechtfertigung des privaten Zechenbesitzer, denn eine Einflüßnahme auf den nicht wegzuleugnenden Mißstand bedeutet. In letzterer Hinsicht wird nur eine einzige, untergeordnete Maßnahme in Aussicht gestellt, die Einfuhrerleichterung durch Herabsetzung der Frachttarife auf den preußischen Staatsbahnen. Uebrigens weist die Erklärung nach, daß die Produktion der einheimischen Kohlenreviere nicht zurückgegangen, sondern gestiegen sei (von Januar bis Juli 1900 um 4,8 Mill. Tonnen = 9,7 pSt.) und daß nur der Mangel an Arbeitskräften eine weitere Steigerung verhindert habe. Auch sei die Einfuhr böhmischer Braunkohle gegen das Vorjahr um mehr als 1 Mill. Tonnen zurückgeblieben. Der Absatz der staatlichen Gruben gegenüber dem Privatbergbau sei zu gering, um bei der Preisermessung wesentlich ins Gewicht zu fallen; dem sei ein großer Theil der fiskalischen Kohlen für den Hausbrand nicht geeignet. Eine Entrüstung staatlicher Verkaufsstellen zwecks Nationalisierung der Engros- Zwischenhändler würde wesentlich mehr Kostenaufwand bedingen, als der Rabatt der Letzteren beträgt.

stätten nehmen keinen Arbeiter ohne ein polizeiliches Führungsattest an. Wozu diese Atteste dienen, zeigen folgende beiden, in den Blättern veröffentlichten Wortlaute derselben:

1) „Dem Schneider N. N. wird hierdurch bescheinigt, daß derselbe seit dem . . . . . bis jetzt hier als selbstständiger Schneider gearbeitet hat und der sozialdemokratischen Partei angehört!

gez. Lindau,  
Polizei-Inspektor.“

2) „Dem Arbeiter (Schuhmacher) N. N. wird, behufs Arbeitsnahme in einer königlichen Fabrik, auf Grund amtlicher Ermittlungen hierdurch bescheinigt zc. S. ist Mitglied des sozialdemokratischen Arbeitervereins!

gez. Koelke,  
Oberbürgermeister.“

Ein hübsches Stück behördlicher Arbeiterfürsorge, das dem Staatsbürger, der sich ehrlich ernähren will, den Eintritt in die von ihm ausersehene Arbeitsstätte unmöglich macht. Selbstverständlich wird durch eine derartige polizeiliche Thätigkeit nichts erreicht als Verbitterung.

**Polizeiliche Erhebungen über die Zustände im Schlachtergewerbe** werden gegenwärtig in Berlin vorgenommen. Diese Aufnahmen erstrecken sich in der Hauptsache auf die Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeits- und Schlafräume der Gesellen sowie über die Länge der Arbeitszeit, die Sonntagsruhe und das Stellervermittlungswesen in diesem Beruf. Den Fleischermeistern scheint aber das Vorgehen der Behörde höchst unangenehm zu sein, denn sie haben ihrerseits beschloffen, selbst Erhebungen über diese Punkte anzustellen und zu diesem Zweck Fragebogen auszugeben, die, wenn sie von den Meistern ausgefüllt sind, von Meistern und Gesellen gleichzeitig unterschrieben werden sollen, damit die heizerischen Agitatoren nicht in die Lage kämen, die Wichtigkeit dieser Feststellungen anzuzweifeln. Sie haben indeß kein Glück bei den Gehilfen, weder bei den klassenbewußten, noch selbst bei den christlichen, deren Petition an die Behörden erst die obigen Erhebungen veranlaßt haben und die sich hoffentlich standhaft weigern werden, dem innungsmeisterlichen Schwindel auch nur die geringste Unterstützung zu leisten.

**Die Errichtung eines Auskunftsbureaus für Arbeiter**, fälschlich in manchen Blättern als „Arbeitersekretariat“ bezeichnet, beschloß die Gemeindeverwaltung von Steglitz bei Berlin. Die Anregung dazu ging vom Vorsitzenden der Glas-Verufsgenossenschaft aus.

**Arbeitsräthe in Frankreich.** Der Handelsminister Millerand ließ vom Präsidenten Loubet eine Verordnung unterzeichnen, durch welche in allen Industriebezirken sogenannte, aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Arbeitsräthe eingerichtet werden. Diese Räte haben sich ähnlich wie die Handelskammern mit allen Angelegenheiten der gewerblichen Arbeit zu beschäftigen. In Deutschland will die Regierung von solcher praktischen Sozialreform nichts wissen, weil die Unternehmer eine Machteinbuße davon befürchten.

## Statistik und Volkswirtschaft

### Kapitalgewinne und Arbeitslöhne in der deutschen Textilindustrie.

Von der nach fünfjähriger wirtschaftlicher Prosperität wieder eingetretenen Krise ist nach verschiedenen bezüglichen Nachrichten aus allen Theilen Deutschlands in erster Linie die Textilindustrie mit betroffen worden. Es haben überall mehr oder weniger erhebliche Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden, wo Maßnahmen Arbeitslosigkeit und weitere Verringerung des ohnehin geringen Verdienstes bedeuten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß verfloßene fünfjährige Prosperitätsperiode für Textilindustrie im Gegensatz zu anderen Industrien sowieso keine ununterbrochene Blütheperiode nicht wiederholt traten infolge von Ueberprodukt oder Preistreiberien Geschäftsstockungen ein, denen selbstverständlich auch die Unternehmer, mehr und empfindlicher aber die Arbeiter Mitschuldenschaft gezogen wurden.

Die Unternehmer haben trotz aller gekommenen Störungen doch meistens gute Umsätze gemacht, wie die Abrechnungen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften, die in der Textilindustrie allmählig eine große Ausdehnung Verbreitung gefunden haben, erkennen lassen. Eine kleine Uebersicht über die Gewinne und Dividenden derselben mag den Lesern zeigen, es im Allgemeinen noch immer ein rentables und angenehmes Geschäft ist, Aktionär einer Textilunternehmung zu sein. So erzielten Gewinne und vertheilten Dividenden:

	Gewinne	Dividen
	1899	1899
	M.	pSt.
Bremer Wollkammeret, Blumenthal	3 911 814	30
Oberschles. Ges. f. Schießwolle . . . . .	187 078	26
Mechan. Zwirneret, Heilbronn . . . . .	375 000	25
Bayer. Wollstofffabr., Wasserburg . . . . .	413 000	22 1/2
Mechanische Baumwollweberet, Augsburg . . . . .	1 388 000	20,42
Württemberg. Rattunmanufaktur, Göttingen . . . . .	987 000	22
Geraer Futzspinnerei und Weberet, Ertebes . . . . .	365 102	22
Zwirneret zc., Göggingen . . . . .	712 000	20
Baumwollspinnerei, Augsburg . . . . .	777 669	17 1/2
Konfordia, Spinnerei u. Weberet, Burglehn . . . . .	33 055	17
Bielefelder Aktien-Gesellschaft für mechanische Weberet . . . . .	523 000	16 2/3
Kammgarnspinnerei, Gluck & Cie., Mühlhausen i. G. . . . .	752 000	16
Mechan. Seilerwaarenfabrik, Jüssen, Kammgarnspinn., Schwarz & Cie., Mühlhausen i. G. . . . .	509 490	16
Nordb. Wollkammeret und Kammgarnspinnerei, Bremen . . . . .	1 695 244	15
Neue Baumwollspinnerei zc., Hof . . . . .	1 740 000	15
Bremer Wollwäscheret, Bremen . . . . .	171 000	15
Bogtländ. Baumwollspinnerei, Hof . . . . .	275 000	15
Kammgarnspinn., Malmerspach i. G. . . . .	721 711	14
Delmenhorster Linoleumfabrik . . . . .	536 000	13
Ber. Filzfabrik, Stengen . . . . .	687 438	13
Linoleumwerte Hansa, Delmenhorst . . . . .	650 688	12 1/2
Baumwollspinnerei zc., Kollnau . . . . .	288 037	12 1/2
Mechanische Baumwollweberet zc., Bamberg . . . . .	621 000	12 1/2
Kammgarnspinnerei Stöhr & Cie., Leipzig . . . . .	1 795 000	12
Sächs. Wollgarnfabrik, Leipzig . . . . .	795 000	12
Futzspinnerei u. Weberet, Bremen . . . . .	716 000	12
Kammgarnspinnerei, Leipzig . . . . .	413 279	12
Thür. Wollgarnspinn., Langensalza . . . . .	240 935	12
Wollwäscheret zc., Döhren b. Han.	761 537	12

Schaft.

e in der

geschäftlicher  
st nach den  
aus allen  
die Textil-  
den bereits  
Betriebs-  
gen oder  
itäre Ver-  
ienstes be-  
n, daß die  
ode für die  
Industrien  
riode war;  
produktion  
n ein, von  
hmer, noch  
eiter in

aller vor-  
gute Ge-  
Geschäfts-  
der Textil-  
nung und  
en lassen.  
inne und  
eigen, daß  
ables und  
er Textil-  
Gewinne

Dividenden  
1899 1898  
pZt. pZt.  
30 25  
26 20  
25 20  
22 1/2 20  
20,42 25  
22 18  
22 24  
20 15  
17 1/2 9  
17 16  
16 2/3 14 1/2  
16 7 1/2  
16 14 1/2  
15 10  
15 10  
15 17  
15 9  
15 16  
14 10  
13 15  
13 16  
12 1/2 9  
12 1/2 12 1/2  
12 1/2 —  
12 10  
12 9  
12 12  
12 8  
12 8  
12 10

	Gewinne		Dividenden	
	1899	1898	1899	1898
	M.	pZt.	pZt.	pZt.
Tressener Gardinen- und Spitzen- manufaktur.....	—	—	12	12
Mugsburger Kammgarnspinnerei..	517 626	—	11 2/3	9
Mechanische Baumwollweberet zc., Kempten.....	275 209	—	10	8 1/3
Kammgarnspinnerei, Gladbach....	178 095	—	10	4
Kammgarnspinnerei, Erstein i. G..	1 070 000	—	10	14
Gl. Gesellschaft für Jutespinnerei, Bischweiler.....	1 217 392	—	10	10
Sächs. Nähfadensfabrik, Wischdorf	172 000	—	10	6
Deutsche Jutespinnerei zc., Meißen	334 122	—	10	12
Wollkämmeret, Leipzig.....	1 213 401	—	10	—
Spinn- und Webereten, Vogelbach	274 078	—	10	10
Ver. Schuhstofffabriken, Fulda....	196 142	—	10	9
Spinnerei Weiesfeld.....	2 608 841	—	9 1/2	8 1/2
Bamb. Baumw.-Industrie-Ges.....	—	—	9	9
Sächs. Leinenindustrie-Ges.....	131 834	—	9	6
Ver. Smyrna-Teppichfabriken.....	197 968	—	8 1/2	8
Württ. Baumwollspinnerei zc., Ober-Eßlingen.....	265 000	—	8 1/2	8 1/2
Baumwollspinnerei Mittweida....	88 000	—	8	4 1/2
Mechanische Weberei, Mühlbach, Mugsburg.....	240 000	—	?	8
Baumwollspinnerei Cronau.....	207 000	—	8	12
Reiburger Wollindustrie.....	483 000	—	8	8
Brugener Tuchfabrik.....	104 940	—	7 1/2	7
Baumwollweberet Böhmlingsmeyer	72 136	—	7	5 3/5
Wollwarenfabrik Regnitz.....	87 722	—	7	8 1/2
Mechan. Weberei Linden b. Hann..	415 097	—	7	6

Von den vorstehend verzeichneten Gesellschaften vertheilten für 1899 nur 7 weniger Dividenden an ihre Aktionäre als 1898; die große Mehrzahl der Gesellschaften vertheilte die gleichen bezw. höhere Dividenden. Das ist fast durchgehend auch der Fall bei jenen Gesellschaften, deren Dividenden heruntergehen bis auf 5, 4 und weniger Prozente; die Zahl der Gesellschaften mit Dividenden unter 5 pZt. oder die solche überhaupt nicht vertheilten, ist keine große, sie bildet nur eine kleine Minderzahl. Diese Gesellschaften haben aber in früheren Jahren höhere Dividenden vertheilt, wie folgende Uebersicht zeigt, wonach vertheilten:

	In Prozenten				
	1894	1895	1896	1897	1898
Westdeutsche Jutespinn. zc., Beuel bei Bonn.....	4	11	10	8	8
Nordd. Jutespinnerei und Weberei, Hamburg.....	—	10	10	6	8
Spinnerei und Weberei Sattenheim.....	—	—	6	5	6
Tuchfabrik Fulda.....	—	—	12	10	8

Nach einer Reihe guter Jahre können die Aktionäre schon einmal mit etwas geringeren Dividenden zufrieden sein.

Die Einzelunternehmer „verdienen“ in der Regel mindestens so viel wie die Aktienunternehmungen, ja noch mehr, da sie eine billigere Geschäftsleitung haben, indem ihnen zahlreiche Ausgaben erspart bleiben, welche die Aktiengesellschaften machen müssen. Was die Einzelunternehmer verdienen, erfährt man gewöhnlich nie. Dagegen gewähren in diese Geheimnisse die Prospekte von Aktienunternehmungen einen Einblick, welche vorher Einzelunternehmungen waren und dann umgewandelt wurden. So verdiente die Firma Rommer & Co., Färberei zc. in Barmen, welche 1898 ihre Anlagen gegen M. 2 950 000 an die Baumwollindustrie-Gesellschaft zu Dede bei Barmen verkaufte, im Geschäftsjahr vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1897 nach M. 48 472 Abschreibungen M. 114 239 Reingewinn; vom 1. Juli 1897 bis 31. März 1898 (9 Monate) nach M. 56 224 Abschreibungen M. 282 174 Reingewinn und vom 31. März 1898 bis zum 30. September 1898 nach

M. 30 684 Abschreibungen M. 260 098 Reingewinn, letztere in 6 Monaten. Legt man den Kaufpreis von M. 2 950 000, wovon zweifellos ein hübscher Betrag Verkaufsgewinn ist, jenem Gewinn zur Berechnung des prozentualen Verhältnisses zu Grunde, so ergibt sich für das halbe Jahr eine Dividende von 9 und für das ganze Jahr von 18 pZt. Die Aktiengesellschaft hat für das Geschäftsjahr 1898/99 nach M. 522 058 Abschreibungen einen Reingewinn von M. 577 315 erzielt und daraus M. 85 370 Tantiemen sowie M. 450 000, gleich 9 pZt. Dividende, an die Aktionäre vertheilt, um die Hälfte weniger als der Vorbesitzer erzielt.

Die Allgäuer Weberei und Spinnerei Blachach ging im März 1896 für die Summe von M. 3 344 129 an eine Aktiengesellschaft über. Der Vorbesitzer erzielte 1894 einen Gewinn von M. 433 681; wovon Reingewinn M. 307 046; 1895 M. 587 550, wovon Reingewinn M. 412 790. Diese Summe machte im Verhältniß zur Verkaufssumme 12 pZt. aus. Die Aktiengesellschaft erzielte 1898 einen Gewinn von M. 509 952 und 1899 einen solchen von M. 422 970, woraus die Aktionäre 8 bzw. 6 1/2 pZt. Dividenden erhielten. Also auch hier sind die Gewinne und Dividenden der Aktionäre geringer als die des Vorbesitzers; daraus folgt, daß die Einzelunternehmer in der Textilindustrie sehr gute Geschäfte machen und daher sehr auskömmliche Arbeitslöhne zahlen könnten und daß die Aktionäre trotzallem in der gleichen Lage sind.

Wie steht es aber nun mit den Arbeitslöhnen in der Textilindustrie? In den acht Berufsgenossenschaften derselben wurden nach der Statistik der Unfallversicherung im Jahre 1897 folgende Löhne gezahlt:

	Summe d. anrechenb. Löhne in M. 1000	Zahl der versicherten Personen	Durchschn.- Lohn pro Versich. M.
Leinenindustrie.....	27 825,4	47 470	586
Norddeutsche Textilind..	77 261,5	121 043	637
Süddeutsche Textilind..	57 327,3	94 864	602
Schles. Textilind.....	24 105,4	51 198	470
Textilind. v. Gf.-Lothr.	41 992,6	64 647	649
Rhein-West. Textilind..	88 879,0	124 887	711
Sächs. Textilindustrie..	104 645,1	171 453	610
Seidenindustrie.....	38 187,2	54 039	706
Total.....	460 223,5	729 601	630

Darnach sinkt das jährliche Einkommen eines Textilarbeiters bis auf M. 470 in Schlesien herab und übersteigt es im Maximum M. 711 in Rheinland-Westfalen nicht, während es im Durchschnitt für ganz Deutschland nur M. 630 beträgt. Darnach beträgt bei 300 Arbeitstagen des Jahres der tägliche Verdienst M. 2,10 und bei 365 Tagen des Jahres für den täglichen Lebensunterhalt der verfügbare Betrag nur M. 1,70.

Nach den Berichten der Handelskammern erscheinen die Durchschnittslöhne höher. So giebt die Barmener Handelskammer in ihrem Jahresberichte für 1899 Zahlenangaben für die fünf Jahre 1895—99, wonach im Jahre 1897 der durchschnittliche Jahreslohn eines Textilarbeiters im dortigen Handelskammerbezirke M. 851 betrug gegen nur M. 711 in der ganz Rheinland-Westfalen umfassenden Berufsgenossenschaft der Textilindustrie. Daraus folgt, daß in anderen Bezirken dieser beiden Provinzen viel schlechtere Löhne gezahlt werden. Von 1895 bis 1899 stieg das jährliche Lohn-

gegeben hatte. betrug meist hentlich 27  $\%$  wurden. "Alle Einvernahme M. 1 Tages- für die Ver- halt an Sonn- ste unmöglich hen zu können, er in Rede n. Einzelne en über die en sie trotzdem reiten könnten, m ... beträgt er erwachsen Stunde. Nur innen kommen öher sind." , daß in dem m namhaften , daß es für e bescheidensten enn nur eine werde, werde raten erklärt beitsstelle am mehr finden." on den Fabri- Arbeitern die skömmliche rative sich Im Allge- lungen zeigen, eitslöhnen in enn sie auch , als sie vor egel nicht er- diert durch die n Gestalt der en schlechtes- en Industrie, apitalgewinne ie der Gesell- he der Zeit" en Industrien ichtigkeit bieten. len. Bei den können die ten, während ehtentlohnent lichen Nieder- agen müssen. anisation der s, so daß die ndlich einmal

Binner.

den Spitzen- Bericht der Bestätigung.

Darnach wird die Herstellung der engmaschigen feineren Spitzen stetig eingeschränkt, weil die Klöppelei grober Spitzen leichter, bequemer (jedenfalls vor Allem lohnender) ist. Scharfe Konkurrenz, besonders im amerikanischen Markt, bereitet die Varmer Maschinenklöppelei, deren Fabrikate von echten Spitzen kaum noch zu unterscheiden sind. Die täglichen Arbeitslöhne betragen 60  $\%$  bis M. 1 und an weiblichen Arbeitskräften ist durchaus kein Mangel, wobei die staatlich unterstützten Klöppelschulen deren technische Fertigkeit auf der früheren Höhe erhalten. Da es nun der Konfektion an Arbeitskräften fehlt, so wird empfohlen, namentlich den Lehrersfrauen, Arbeitskräfte für die Frauen- und Kinderkonfektion auszubilden. Die großen Konfektionsgeschäfte würden ihnen gern durch 6-8wöchigen Kursus die dazu nötige Vorbildung geben. — Die allerbilligste Konfektionsarbeit, die zu der Verelendung der städtischen Hausindustrie geführt hat, wird der erzgebirgischen Bevölkerung noch als Wohlthat entgegengebracht. Mit Recht verdient diese mit den herrlichsten Reizen der Natur gesegnete Gegend den Namen Hungerparadies.

**Lohnrückerei in der Berliner Konfektion.** Während Dank einer fortschreitenden gewerkschaftlichen Organisation die Arbeitslöhne in zahlreichen Berufen, wenn auch nicht immer den Löhnerungsverhältnissen entsprechend, so doch wenigstens um ein Geringes in die Höhe gebracht wurden, sind die Heimarbeiterinnen der Kleiderkonfektion den Lohnrückereien der Unternehmer gegenüber völlig ohnmächtig. Dem "Vorwärts" entnehmen wir folgende bezeichnende Beispiele dafür:

Golf-Capes, die im vorigen Jahr noch 60 bis 70  $\%$  das Stück an Arbeitslohn brachten, werden jetzt nur noch mit 50  $\%$  bezahlt. Um zwei solcher Capes fertig zu stellen, muß eine Arbeiterin von Durchschnittsgeschicklichkeit, die nebenher auf das Allernothdürftigste Kinder und Hausstand besorgen will, von früh 4 Uhr bis Abends 10 Uhr arbeiten. Ein anderes Beispiel. Ein Zwischenmeister hat 1000 wattierte Astrachanfragen in Lieferung erhalten. Voriges Jahr zahlte er den Arbeiterinnen 45  $\%$  für das Stück, zur Zeit bekommt er die Arbeit für 30  $\%$  hergestellt. Wattierte Krimmerfragen, für die er früher 25  $\%$  gab, stehen jetzt mit 10 bis 15  $\%$  im Kurs; für fein gestickte Ansaßsachen giebt es 50 bis 60  $\%$ . Um zu begreifen, was ein solcher Lohn bedeutet, muß man in Betracht ziehen, daß eine Arbeiterin unter den vorhin geschilderten Umständen drei Kragen oder zwei Ansaßsachen täglich herstellt.

Ebenso schlecht ist die Bezahlung für Knaben- und Burdensachen. Für Weinkleider, die 15- bis 16jährigen Jünglingen passen, giebt es 25  $\%$  Arbeitslohn; früher zahlten Meister, die wegen schlechter Löhne berüchtigt waren, wenigstens 40  $\%$ . Wer solche Arbeit beurtheilen kann, weiß, daß gerade hierbei viel Handarbeit zu leisten ist; eine Frau, die sich von frühesten Stunde bis in die Nacht müht, näht etwa vier bis fünf Hosen fertig.

Der durchschnittliche Wochenverdienst, der bei angestrengtester Arbeit zu erringen ist, mag sich auf etwa M. 5 belaufen. Von diesem Verdienst ist jedoch das Garn, das die Arbeiterin aus ihrer eigenen Tasche zu zahlen hat, sowie Licht,

Feuerung und Abnutzungskosten für die Nähmaschine abzurechnen.

Mit den Aussichten für die Konfektionsarbeiterin steht es trüber denn je. Konfektionär und Zwischenmeister sind absolute Herren, soweit der Verdienst und nicht selten auch, soweit — die Ehre der Arbeiterin in Betracht kommt; die fluchwürdige Institution der Heimarbeit hindert jede Aktion der Unterdrückten.

Gewiß kann auch hier nur einzig die Organisation Besserung bringen. Wohl in keinem Beruf ist ihr Pfad dornenreicher als in diesem. Aber Ausdauer führt auch hier zum Ziel.

**Ein böser Gewissensmahner.** Zur Stunde, da die Pest nicht mehr bloß an den Thoren Europa's pocht, sondern bereits in verschiedenen Städten ihren unheilvollen Einzug gehalten hat (Oporto, Glasgow, Hamburg), erinnern sich die maßgebenden Kreise wieder einmal der traurigen Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung. Die 25. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Trier beriet am 12. September über Maßregeln zur Bekämpfung der Pest, wobei Prof. Gaffky = Gießen als deren Hauptbrutstätte die überfüllten und unreinlichen Wohnungen bezeichnete und eine Reform der Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung als nothwendig erklärte. Eine Reihe von Leitfäden wurde angenommen, worin unter Nr. 3 gefordert wird:

"Da die Pest den günstigen Boden für eine epidemische Verbreitung in dicht gebauten, überfüllten und unreinlichen Wohnquartieren findet, so ist auf die Sanierung solcher Quartiere schon in seuchenfreien Zeiten großes Gewicht zu legen." — Eine gründliche Reform bedarf des einheitlichen ungeäußerten Vorgehens im ganzen Reiche. Darum her mit einem Reichswohnungs-gesetz!

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Pflegt die Arbeitslosigkeitstatistik!

Auf diese wichtige Aufgabe der Gewerkschaften lenkt Rich. Galver in der "Leipz. Volksztg." die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die beginnende Arbeitslosigkeit der deutschen Arbeiterbevölkerung im kommenden Winter. Ueber Grund und Dauer derselben lasse sich heute noch keine Vorstellung machen. Von Wichtigkeit sei es, bei Zeiten Maßregeln zu treffen, um deren Verlauf kontrollieren zu können, nicht nur im wirtschaftspolitischen, sondern auch im nächstliegenden praktischen Interesse der Arbeiter selbst. Zum Beweise für diese Nothwendigkeit erinnert er an die Erfahrungen Anfangs der neunziger Jahre und an die Nothstandsdebatten. Bei dem damaligen Stand der Gewerkschaften wäre es ausgeschlossen gewesen, eine richtige Kontrolle auszuüben, heute aber sei dies leichter, namentlich, nachdem viele Organisationen, und darunter sehr große, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, zu diesem Zwecke also schon eine genaue Zählung der Arbeitslosenziffer für ihre Organisierten vornehmen müssen. Schon allein die Ziffern, die die Metallarbeiterorganisation zu sammeln und zu veröffentlichen in der Lage ist, werde ungemein werthvoll für die Beurtheilung des Standes der



einkommen eines Textilarbeiters im Darmener Bezirke von M. 820 auf 900.

Im G e r a e r Handelskammerbezirk haben nach dem Berichte der dortigen Handelskammer die Löhne der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie im Jahre 1898 M. 494 im Minimum und M. 1121 im Maximum für Männer, M. 304 bezw. M. 771 für Arbeiterinnen betragen; im Jahre 1899 M. 529 bezw. M. 1110 und M. 320 bezw. M. 824. Für die Männer hat darnach im vorigen Jahre eine Steigerung des Minimums und ein kleiner Rückgang des Maximums, für die Arbeiterinnen dagegen eine Steigerung des Minimums wie des Maximums stattgefunden.

Ueber die Lohnverhältnisse der schlesischen Weber machte vor zwei Jahren der „Proletarier aus dem Culengebirge“ folgende Mittheilungen. Eine Firma in Landeshut, bei der der 6½stündentag besteht, zahlte an einem Zahltag an 322 Weber rund M. 2700 aus, so daß durchschnittlich auf jeden Weber ein Wochenlohn von M. 8,38½ oder 12  $\frac{1}{2}$  pro Stunde entfielen. 121 Weber erhielten etwa die Hälfte der insgesammt ausgezahlten Lohnsumme, und zwar in folgenden Beträgen:

über M. 18 = 1 Weber	über M. 12 = 17 Weber
„ „ 16 = 2 „	„ „ 11 = 15 „
„ „ 15 = 5 „	„ „ 10 = 28 „
„ „ 14 = 4 „	„ „ 9 = 46 „
„ „ 13 = 3 „	

Die übrigen 201 Weber partizipierten an dem Rest der gesammten Lohnsumme in folgendem Maße: Es erhielten

unter M. 9 = 46 Weber	unter M. 5 = 19 Weber
„ „ 8 = 51 „	„ „ 4 = 11 „
„ „ 7 = 37 „	„ „ 3 = 5 „
„ „ 6 = 30 „	„ „ 2 = 2 „

Das sind wirklich Hungerlöhne im vollsten Sinne des Wortes.

Eine interessante und exakte Lohnstatistik hat im Jahre 1896 der badische Fabrikinspektor Dr. Wörrishoffer in fünf Baumwollspinnereien und drei Baumwollwebereien aufgenommen, der er 13 Lohnklassen zu Grunde legte und in der er die Löhne für jede einzelne Arbeiterkategorie gesondert aufführte. Wir wollen uns hier auf die Aufzählung der Durchschnittslöhne beschränken, welche betragen:

Fabriken	Zahl d. Arbeiter	Durchschnittlicher Wochenverdienst:		
		d. Arbeiter überhaupt	männl.	weibl.
		M.	M.	M.
Baumwollspinn. A:	257	12,01	13,07	10,94
„ B:	254	11,84	13,95	9,35
„ C:	274	11,14	11,40	9,—
„ D:	124	10,22	11,95	8,76
Baumwollweberei A:	308	13,47	16,60	12,93
„ B:	311	11,41	14,90	10,77
„ C:	272	10,70	12,25	10,48

In allen diesen Fabriken bestand die 11 stündige tägliche Arbeitszeit, in der Spinnerei D für die männlichen Arbeiter die 11½ stündige.

Die in der vorstehenden Tabelle angeführten Durchschnittslöhne sind durchwegs niedrige und in dem derselben gewidmeten ausführlichen Texte wird besonders erörtert, daß in einer der angeführten Fabriken eine größere Anzahl Arbeiterinnen zu wiederholten sittenpolizeilichen

Beauftragungen Anlaß gegeben. Der ermittelte Tagelohn derselben betru nur M. 1 im Tage, wovon noch wöchentlich Versicherungsbeiträge abgezogen wurden. Diese Personen erklärten bei ihrer Einbe übereinstimmend, sie könnten mit M. 1 verdienst, wovon noch die Beiträge für d sicherung abgingen und der Unterhalt an und Feiertagen bestritten werden mußte un leben. Sie seien, um überhaupt bestehen zu auf einen Nebenerwerb der in stehenden Art angewiesen. G suchten dies auch an den Angaben ü Dürftigkeit ihrer Existenz, deren Kosten sie t aus ihrem Arbeitsverdienste nicht bestreiten k nachzuweisen. . . Auch in Mannheim . . . in vielen Industriezweigen der Lohn der erwo Arbeiterinnen 10—12  $\frac{1}{2}$  in der Stunde. wenige im Akkord beschäftigte Arbeiterinnen k hier auf Löhne, die nennenswerth höher s

Es wird dann ferner angeführt, daß Sprechstunde für Arbeiter in einem nar Industrieorte darüber geklagt wurde, daß die Arbeiter nicht möglich sei, nur die besche Lohnerhöhungen zu erwirken. „Wenn n solche von 10  $\frac{1}{2}$  pro Tag erstrebt werde, man sofort für einen Sozialdemokraten und könne dann eine andere Arbeitsste Orte oder in der Umgebung nicht mehr f Der Bericht bemerkt dazu, daß es von den kanten sehr anflug sei, bei den Arbeit Meinung hervorzurufen, daß auskömm Löhne und Sozialdemokratie ergänzende Dinge seien. Im meinen ist es freilich so.

Alle vorstehend gemachten Mittheilungen wie unbefriedigend es mit den Arbeitslöh der Textilindustrie steht. Denn, wenn si hier und da heute etwas höher sind, als Jahren waren, so wird die in der Regel n hebliche Lohnsteigerung wieder absorbiert d Vertheuerung der Lebenshaltung in Geste Miethzinssteigerungen zc.

Die Textilarbeiter gehören zu den sch entlohnten Arbeitern der gesammten In während auf der anderen Seite die Kapitalg der Unternehmer — der einzelnen wie der schaften — durchaus auf der „Höhe der stehen, hinter den Gewinnen in anderen Ind nicht zurückstehen und so die Möglichkeit höhere, auskömmliche Löhne zu zahlen. V seit Jahren eingestreckten Gewinnen könn Textilbarone eine Krise schon aushalten, w die selbst in der besten Zeit schlechtentl Arbeiter in der Periode des wirtschaftlichen ganges vollends am Hungertuche nagen r

Erfreulicherweise schreitet die Organisati deutschen Textilarbeiter stetig vorwärts, so d Aussicht besteht, daß es auch für sie endlich besser werden wird.

Winterthur.

D. Zin

## Soziales.

Das Glend in der erzgebirgischen Sp Kloppelei erfährt durch den jüngsten Veri Handelskammer zu Plauen seine Bestät

ersten Parteitag zu Halle, durch Beschlußfassung über Streiks und Boykotts geschehen. Seit aber im deutschen Gewerkschaftsleben die Gewerkschaftskongresse zur anerkannten Höchstinstanz der Regelung gewerkschaftlicher Fragen wurden, haben sich die Parteitage stets solcher Verathungen und Beschlüsse enthalten und sich auf Debatten und Beschlüsse darüber, wie die Gewerkschaften durch die Gesamtbewegung zu fördern und ihren politischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen wäre, beschränkt. Innere taktische Angelegenheiten gehörten aber seit 1892 stets zur Kompetenz der Gewerkschaftskongresse. Und eine taktische Frage können wir in derjenigen der neutralen oder parteipolitisch-religiösen Haltung der Gewerkschaften auch nur erblicken; das ist von uns wiederholt erklärt worden.

Der Eifer, mit dem gewisse Spezialisten unter den Neutralitätsgegnern die Neutralität als Prinzipienfrage und Prinzipienverrath bezeichnen, kann uns darin nicht im Mindesten beirren. Und selbst Kautsky gegenüber müssen wir entschieden daran festhalten, daß die Taktik der Gewerkschaften lediglich durch Beschlüsse der deutschen Gewerkschaftskongresse bestimmt wird. Das neuerdings mehrfach zitierte Wort des alten Liebknecht gegenüber den wissenschaftlichen Führern des Sozialismus deckt auch unsere Stellung: In prinzipiellen Fragen erkennen wir die Entscheidung der Gesamtbewegung, von der übrigens die deutschen Parteitage, als Repräsentation der politischen Aktion, noch keineswegs das getreue Spiegelbild darstellen, gern an, aber in ihren taktischen Fragen entscheiden die Gewerkschaften als ein ebenfalls zielbewußter Theil der Arbeiterbewegung selbst.

**Nachschrift.** Soeben erfahren wir, daß auf dem Mainzer Parteitag die Anträge, die neutrale oder politische Taktik der Gewerkschaften als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln (ein Stettiner Antrag schlug bereits Legien als Referent und Kautsky als Korreferent vor), ohne ausreichende Unterstützung blieb. Eine Debatte darüber fand sonach nicht statt.

**Der Verband der Glasarbeiter** wendet sich, um seine Berufsstatistik möglichst vollkommen zu gestalten, an die Gewerkschaftskartelle, Bergmannsleute, sowie an die Glasarbeiter selbst, ihn in seinem Vorhaben zu unterstützen. Besonders werden die Branchen der Tafelglasindustrie, der Schleiferei, Perlens- und Schmuckindustrie gebeten, die ausgefandten Fragebogen auszufüllen. Da, wo Fragebogen an Vertreter anderer Berufe geschickt wurden, weil der Verband an diesen Orten keine Mitglieder hat, sind dieselben nach der Umfrage zurückzuschicken. Alle Anfragen, sowie auch die Fragebogen sind an Rudolf Bock, Mummelsburg bei Berlin, Kantstraße 47, 2. St., zu richten.

**Eine Tarifgemeinschaft haben die Schuhmacher** in Hannover i. Schl. ohne Streik trotz junger Organisation mit ihren Arbeitgebern abgeschlossen und eine Lohnaufbesserung und Abschaffung des Kost- und Logiswesens erreicht.

**Unter dem Namen „Neutrale oder politische Gewerkschaften?“** hat Otto Hüß eine 157 Seiten umfassende Schrift herausgegeben, die zugleich einen Beitrag zur Geschichte der deutschen

Bergarbeiterbewegung liefert. Wir werden demnächst diese Schrift einer eingehenderen Behandlung unterziehen.

## Kongresse und Generalversammlungen.

**Ein Xylographen-Kongress** findet vom 23. bis 26. September d. J. in Kassel statt, der sich mit der Gründung einer Zentralorganisation, mit der Taktik, Regelung des Lehrlingswesens und Statistik befassen wird. Unter „Taktik“ liegt besonders ein Antrag von Meyer = Leipzig zwecks Unterstützung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vor.

**Ein vogtländisch-thüringischer Zeichnertag**, der am 9. September in Greiz stattfand und von über 100 Zeichnern Sachsens und Thüringens besucht war, beschloß die Gründung eines vogtländisch-thüringischen Verbandes der Kleiderstoff-Zeichner und sprach sich weiterhin für die Einberufung eines allgemeinen deutschen Zeichnertages zwecks Herbeiführung einer Einigung der Zeichner aller Branchen aus.

**Eine internationale Konferenz der Arbeiterbeisitzer der Gewerbechiedsgerichte** (conseils de Prud'hommes) wird von einem dazu beauftragten Organisationscomité zum 28. und 29. September nach Paris (Arbeitsbörse, 3 rue de Château d'Eau) einberufen, um eine Verständigung über die in jedem Lande nöthigen Verbesserungen der Gewerbechiedsgerichte herbeizuführen. Von einem Kongress der Gewerbechiedsgerichtsbeisitzer, wie ihn der vorjährige belgische Kongress des Verbandes der Arbeiterbeisitzer der Gewerbegerichte Belgiens forderte, ist diesmal Abstand genommen. Delegationszuschriften sind zu richten an A. Baumé, 3 rue de Château d'Eau, Paris.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Zur Buchbinder-Aussperrung.

Während die Aussperrung der Buchbinder in Berlin, Leipzig und Stuttgart vor sich ging, haben die Berliner Buchbinder der Kontobuchbranche mit ihren Unternehmern einen bis zum Jahre 1903 geltenden Tarif vereinbart, der die neunstündige Arbeitszeit für Arbeiter 44—48  $\text{S}$ , für Arbeiterinnen 17—24  $\text{S}$  Stundenlohn festsetzt. Die höheren Sätze gelten für Spezial- und geübte Arbeitskräfte. Ueberzeitarbeit (möglichst zu beseitigen) ist mit 33 1/3 % (bei Akkord 15  $\text{S}$ , Frauen 10  $\text{S}$ ) Zuschlag, Sonnabends und Sonntags 50 % Zuschlag zu vergüten. Schlechte Akkordlöhne sind mit 5—10 % Zuschlag aufzubessern.

Ueber die große Aussperrung liegen folgende Daten vor: In Leipzig sind noch ca. 2700 ausgesperrt, nachdem 7 Firmen mit ca. 700 Arbeitern den Tarif bewilligten. In Berlin sind an der Aussperrung noch 820, in Stuttgart 350 Buchbinder betheilig, im Ganzen also etwa 3870 Arbeiter. Die Buchbindereibesitzer versuchten, im „Börseblatt“ des deutschen Buchhandels die Aussperrung in einen Streik der Gehülfen umzulügen; sie fühlen also, daß sie sich mit ihrem brutalen Aussperrungsakt vor der Öffentlichkeit in's Un-

Arbeitslosigkeit sein. Freilich müßten diese Ziffern möglichst jeden Monat oder auch alle Wochen festgestellt und umgehend veröffentlicht werden. Zwar dürfte man sich nicht darauf beschränken, nur die Arbeitslosenziffer für die Gesamtorganisation möglichst schnell zu veröffentlichen, sondern für die einzelnen Distrikte und Orte ist schon die Arbeitslosenziffer der einzelnen Zahlstelle von symptomatischem Werth und es wäre daher gut, wenn die Arbeiterpresse an jedem Orte die Bewegung der Arbeitslosen durch derartige Ziffern aufklären würde. Wenn nur die Gewerkschaften mit Arbeitslosenunterstützung sich dieser Berichterstattung anschließen, so würde damit jede Arbeiterzeitung in der Lage sein, über die jeweilige Zahl der Arbeitslosen am Orte werthvolle ziffernmäßige Belege zu geben. Aber es würden angesichts der ersten Einwirkungen der Arbeitslosigkeit auf den gesammten Arbeitsmarkt auch die anderen Gewerkschaften ohne Arbeitslosenunterstützung gleichfalls sich verpflichtet fühlen, periodische Arbeitslosenzählungen innerhalb ihrer Organisation vorzunehmen und die Resultate so schnell wie möglich zu veröffentlichen. Dabei empfiehlt es sich, diese Zählungen zeitig vorzubereiten, möglichst einfach, aber um so einheitlicher zu gestalten. Wenn z. B. an einzelnen Orten das Gewerkschaftskartell oder das Arbeitersekretariat die Sache in die Hand nähme und mit Energie betreiben würde, so wäre wenigstens für den Ort selbst diese Einheitlichkeit sofort erreicht. Der Hauptzweck derartiger Zählungen wird aber nur erreicht, wenn die veröffentlichten Ziffern aktuell sind, d. h. wenn der Tag der Zählung und die Veröffentlichung des Resultats möglichst nahe bei einander liegen und nicht, wenn erst nach Wochen die Ziffern der Aufnahme gegeben werden.

„Solange wir noch keine amtlichen Aufnahmen über die Arbeitslosen haben, müssen die gewerkschaftlichen Organisationen, soweit sie es irgend vermögen, die hier bestehende Lücke ausfüllen. Erhalten wir auch keine wissenschaftlich unanfechtbaren Resultate, so doch immerhin ein für den Augenblick und für praktische Zwecke nützlichcs Barometer, an dem wir den Stand der Arbeitslosigkeit ablesen können. Die Ziffern zeigen uns zunächst nur den Stand der Arbeitslosigkeit innerhalb der organisierten Arbeiterschaft. Aber da wir wissen, in welcher Stärke die Arbeiter eines Gewerbes an Orte in ihrer Organisation vertreten sind, so dürfen wir mit Fug einen Rückschluß auf die Arbeitslosigkeit im Gesamtgewerbe machen. Die englischen Arbeitslosenziffern, die allmonatlich in der Labor Gazette veröffentlicht werden, beziehen sich auch nur auf die organisierten Arbeiter, aber trotzdem mißt man auch dort an ihnen den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit überhaupt. Gerade so können's die Organisationen in Deutschland machen.

„Was soll nun diese Zählung für einen praktischen Werth haben? Die Vertreter der Arbeiter in den Gemeinden, in den Parlamenten werden dadurch in die Lage versetzt, bei ihren Anträgen zur Milderung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit sich auf das Material stützen zu können, die Arbeiterorganisationen selbst werden bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit hierdurch gleichfalls einen festeren Boden gewinnen, als dies bisher der Fall war. Mit dem billigen

Einwande, daß es keinen Nothstand gebe, werden wenigstens die ernstesten Gegner nicht kommen dürfen. Man wird zu den ziffernmäßigen Belegen über den Umfang der Arbeitslosigkeit Stellung nehmen müssen, man erhält Grundlagen für das kommunale und staatliche, sowie auch gewerkschaftliche Eingreifen gegen die Arbeitslosigkeit und kann gegen diese auf der Gesamtarbeiterschaft so schwer lastende Erscheinung ganz anders als bisher auftreten. Nicht, daß man die Arbeitslosigkeit bannen könnte, aber man kann sie einerseits in ihrer Ausdehnung übersehen, damit auch die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit, ihren Verlauf, die Mittel zu ihrer Beseitigung besser erkennen, als in früheren Perioden einer wirtschaftlichen Krise. Aus eigener Initiative thun die Regierungen und Kommunen in dieser Beziehung nichts oder nur wenig. Um so mehr ist es Aufgabe der Arbeiter selbst und ihrer Organisationen, durch eigenes, energisches Vorgehen auch auf diesem Gebiete der Sozialpolitik dem Staate und der Kommune die Bahnen zu weisen.“

Wir können uns diesen Anregungen, die zwar nichts völlig Neues bieten, aber im Hinblick auf die sich häufenden Zeichen der allgemeinen Wirtschaftskrise und nicht bloß hinsichtlich der zu erwartenden winterlichen Arbeitslosigkeit von außerordentlich aktueller Wichtigkeit sind, nur anschließen. Zweifellos wird eine der nächsten Aufgaben der Gewerkschaftskongresse sein, die Durchführung einer Arbeitslosigkeits-Statistik innerhalb der Gewerkschaften in die Wege zu leiten. Aber ehe die Gesamtheit der Gewerkschaften diese Frage einheitlich regeln kann, müssen Erfahrungen der einzelnen leistungsfähigen Organisationen darüber vorliegen, und wer wäre dazu wohl mehr berufen, als diejenigen Verbände, die durch die Arbeitslosenunterstützung und vielleicht auch durch die zentralistische Regelung der Arbeitsvermittlung die Möglichkeit einer Kontrolle ihres beruflichen Arbeitsmarktes bereits haben?

**Zur Neutralität der Gewerkschaften.**  
In Nr. 50 der „Neue Zeit“ wendet sich Karl Kautsky gegen den von uns vertretenen Standpunkt, daß der sozialdemokratische Parteitag für die Beurtheilung der obigen Frage nicht maßgebend sein könne. Er bemerkt dazu: „Die Sozialdemokratie ist mehr als ein bloßer Wahlverein, als ein Apparat zur Produzierung von Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathsmandaten; sie ist der ihrer Ziele bewußte Theil der Arbeiterbewegung, nicht nur der politischen Parteibewegung, sondern der Gesamtbewegung. Sie muß darnach streben, alle Theile der Arbeiterbewegung aus instinktiven zu bewußten Bewegungen zu machen. . . . Dieser Aufgabe haben auch die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie ebenso wie unsere internationalen Kongresse stets gedient. Die Fragen der gewerkschaftlichen Taktik und Organisation haben sie nicht minder beschäftigt, als die der politischen Thätigkeit.“

Kautsky ist hier zweifellos im Irrthum, wenn er der Meinung Ausdruck giebt, die Parteitage hätten bisher stets durch Beschäftigung mit taktischen Fragen der Gewerkschaften in die inneren Angelegenheiten derselben eingegriffen. Das ist unseres Wissens bisher nur einmal, auf dem

recht setzen. Die Leipziger Unternehmer veröffentlichten in dortigen Blättern zwecks Widerlegung der Gehülfsforderungen eine Reihe von Lohnangaben, die von einer Buchbinderversammlung als durchgängig falsch erklärt wurden.

Um einen Generalstreik zu verhüten, hat das Tarifamt der Buchdrucker beiden Parteien seine Vermittlung als neutrale Behörde zur Einleitung von Einigungsverhandlungen angeboten. Der Antrag wurde von beiden Seiten angenommen und die Verhandlungen auf Mittwoch, den 19. September, zu Leipzig angelegt. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist eine Einigung zu erwarten.

**Die Hamburger Werftarbeiterausperrung** ist in das Stadium neuer Verhandlungen getreten. Auf ein Ersuchen der Ortsverwaltung Hamburg des Metallarbeiterverbandes an den Verband der Eisenindustriellen um geeignete Vorschläge zur Beilegung der Differenzen antwortete der letztere ausweichend, daß die Arbeiter nur den Streik aufheben und die Arbeit auf allen Werften wieder aufnehmen möchten. Das scheint die schnellste Erledigung zu sein. Eine gemeinsame Unterhandlung verspricht wenig Erfolg; sollte eine solche trotzdem gewünscht werden, so sei der Verband der Eisenindustriellen dazu bereit. Darauf wählten die Ausgesperrten eine Kommission von 12 Mann, darunter je einen Vertreter des H.-D. Gewerksvereins und des Christlich-sozialen Fachvereins, welche zum 19. September zu einer Verhandlung auf Grundlage des obenerwähnten Antwortschreibens eingeladen wurde. Unterdeß haben 30 Arbeitswillige bei Blohm u. Bock die Arbeit eingestellt und Hamburg den Rücken gekehrt. Die Ratten verlassen das Schiff. Die Werftbesitzer werden ihnen wenig Dank wissen.

Die Verhandlung zwischen den Eisenindustriellen und der Kommission hatten folgendes protokollarisch niedergelegte Ergebnis:

„In der heutigen Besprechung der Gruppe Schiffswerften des Verbandes der Eisen-Industrie mit der Kommission der streikenden Arbeiter erklärten die Arbeitgeber, daß es ihnen nicht möglich ist, Lohnerhöhungen oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bewilligen zu können. Dagegen erklären sich dieselben bereit, die streikenden Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder einzustellen.“

„Falls die Arbeiter in ihren morgigen Versammlungen beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen, so sollen die Wiedereinstellungen direkt bei den Werften am Sonnabend, 22. d. Mts., beginnen und in längstens einer Woche zu Ende geführt werden; nach Schluß dieser Woche findet die Einstellung von Arbeitern nach wie vor durch den Arbeitsnachweis, Kraienkamp 44, statt.“

„Die Arbeitgeber versprechen, keine Maßregelungen vorzunehmen; sie beabsichtigen, ihre alten Leute, einige Ausnahmen vorbehalten, sämtlich wieder einzustellen, selbstverständlich, soweit es die vorliegenden Arbeiten gestatten.“

„Die Arbeiter versprechen, dafür sorgen zu

wollen, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit das Gewerke mit der Aufnahme der Arbeit zu bleiben wird.“

„Die Arbeitgeber versprechen, darauf zu wirken, daß den Arbeitern die Akkordpreise bei der Uebertragung der Arbeit oder doch möglichst bald darauf mitgeteilt werden, und daß bezüglich der Lohnberechnung den Wünschen der Arbeiter möglichst entsprochen werden soll, ebenso wie ihren Wünschen bezüglich der Einrichtung von Wärmevorrichtungen für die Speisen der Arbeiter.“

„Die Arbeitgeber beabsichtigen, für Schiffszimmerleute einen Arbeitsnachwuchs auf Steinwärdern vom 1. Oktober d. J. ab zu richten, und sie sind bereit, etwaige Wünsche der Schiffszimmerleute zu hören und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.“

H. Blohm. J. Menk. A. Junge. D. Sch...  
Am Donnerstag, 20. September, werden ausgesperrten Werftarbeiter hierzu Stellung nehmen.

#### a) Deutschland.

**Baugewerbe.** Die Maurer befinden sich im Streik oder Aussperrung in Husum, Friesland i. M., Kassel, Dortmund = Dorstfeld = Götterne und Duisburg.

Die Zimmerer streiken in Soltau.

Die Dachdecker in Düsseldorf haben einen Streik um den Zehnstundentag und Lohnerhöhung siegreich beendet.

Der Leipziger Steinseherstreik vor dem Einigungsamt beigelegt worden. Die Innung hat nun doch nachgeben müssen. Erreichte wurde die 9½stündige Arbeitszeit, bis 31. Dezember 1901 6 Stundenlohn. — In Halle sind noch 10 Steinseher im Ausstand.

#### Industrie der Steine und Erden.

Glasarbeiterstreik in Utsch (Pommern) dauert fort, da der Direktor der Fabrik die Einigung und auch die Vermittlung des Betriebsmeisters ablehnt. — In Ottenstein dauert der Kampf ebenfalls fort. 30 Mann sind bei anderwärts untergebracht.

**Maschinen- und Metallindustrie.** Wegen Lohnunterschieden haben auf der Düsseldorfer Maschinenfabrik „Union“ 30 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Wegen Verlängerung der neunstündigen Arbeitszeit sind in den Maschinenmeisterei München = Sendlingen (Schlosser, Dreher, Maschinenarbeiter, Schmiede) Differenzen ausgebrochen.

Die Installateure in Magdeburg haben den Streik mit theilweisem Erfolge beendet. Erreichten die 9½stündige Arbeitszeit und 2½ Lohnzulage pro Stunde.

Die Solinger Messerschläger streiken im Tarifkampf mit ihren Prinzipalen. Der Streik dauert schon die 7. Woche und es sind die Taschen- und Federmesserreider durch Aussperrung in Leidenschaft gezogen. Der erstere Streik umfaßt 350 Personen; die Aussperrung dürfte 500 Familien brotlos machen.

**Leberindustrie.** Der Streik der Main-Leberarbeiter regt noch immer die Öffentlichkeit

Arbeit kein  
beit zurück-

rauf hinzu-  
preise sofort  
och möglichst  
d daß auch  
B ü n s c h e n  
s p r o c h e n  
ünschen, be-  
vorrichtungen

en, für die  
a ch w e i s  
S. ab ein-  
ge Wünsche  
nach Mög-  
D. Schulz.“  
werden die  
ng nehmen.

finden sich  
um, Fried-  
eld = Ewing-

au.  
haben ihren  
huerhöhung

streik ist  
orden. Die  
Erreicht  
31. März  
1901 60  $\mathcal{M}$   
10 Stein-

den. Der  
(Bosen)  
fabrik jede  
es Bürger-  
dauert der  
nd bereits

ie. Wegen  
vorfer Ma-  
die Arbeit  
der neun-  
innenwerken  
er, Dreher,  
ngen aus-

burg haben  
ndet. Sie  
und 2  $\frac{1}{2}$   $\mathcal{M}$

ger stehen  
Der Streik  
de Taschen-  
tag in Mit-  
il umfaßt  
e 500 Fa-

Mainzer  
ffentlichkeit

auf. Der Aufsichtsrath hat neue Unterhandlungen  
brüst abgelehnt und einige schon gemachte Zu-  
geständnisse wieder zurückgezogen. Man erwartet  
einen Zug Arbeitswilliger „aus dem Norden“.

Ueber den Militärsattlerstreik zu  
Berlin verhandelte am 15. d. M. das Einigungs-  
amt. Da die Arbeitgeber sich jeder Einigung  
abhold zeigten, wird ein Schiedsspruch gefällt  
werden.

**Textilindustrie.** Die Weber der Fa. Herz  
u. Haymann in Aachen sind wegen 25prozentiger  
Lohnreduktion in Ausstand getreten. Angesichts  
der großen Arbeitslosigkeit bedeutet dies einen  
Verzweiflungskampf, der besser unterblieben wäre.

**Holzindustrie.** Der Münchener Tischlerstreik  
ist wegen der sich immer ungünstiger gestaltenden  
Situation abgebrochen worden.

Die Holzdrechsler in Berlin und Ham-  
burg traten in den Ausstand. In Hamburg  
streiken ferner die Parkettleger.

**Handelsgewerbe.** Die Getreidebeträger  
und Speicherarbeiter Berlins be-  
schlossen, die zehnstündige Arbeitszeit und einen  
Mindeststundenlohn von 40  $\mathcal{M}$ , mit Zuschlag von  
10  $\mathcal{M}$  für die Ueberstunde, zu fordern.

#### b) Ausland.

**Frankreich.** In Marseille und Toulon ist ein  
Bäckerstreik ausgebrochen. Die Militärbäckereien  
leisten Streikbruchdienste. Die Marseiller  
Seizer, Matrosen und Auflader drohen  
von Neuem mit Streik, wenn die Rheder kontrakt-  
brüchig würden.

**Belgien.** Der Ausstand in den Glasfabriken  
im Bezirk Charleroi dauert fort. Etwa 9000 Arbeiter  
feiern. In einer von 4000 Arbeitern besuchten  
Versammlung wurde der allgemeine Ausstand  
einstimmig beschlossen, nachdem die Vertreter des  
französischen Glasarbeiterverbandes von Aniche  
ihr solidarisches Einvernehmen erklärt hatten.

**Nordamerika (Pennsylvanien).** Die ver-  
einigten Grubenarbeiter für das Anthra-  
zitikohlengebiet beschloßen, am 17. d. M.  
in den Ausstand zu treten. Die Gesamt-  
zahl der Arbeiter, die von diesem Kolossalstreik  
betroffen werden, beträgt 142 420 Mann.

Der Zigarrenarbeiterstreik in New-  
York dauert fort und steht noch immer günstig  
für die Arbeiter.

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Die Bauunternehmer auf dem Kriegspfad.

In der Feindseligkeit gegen die Gewerkschaften  
der Arbeiter haben die Bauarbeitgeber sich von  
jeher hervorgethan und werden darin nur von  
ihren edlen Vorbildern, den Eisen- und Metall-  
industriellen übertroffen. Da sie nicht über die  
wirthschaftliche Macht dieser verfügen, so äußert  
sich ihr Haß freilich mehr in Geschimpfe und in  
der Fabrication reaktionärer Beschlüsse, wie sie  
gerade jetzt wieder in Dresden in ausgiebigster  
Weise betrieben wurde. Dasselbst fanden am  
10. und 11. September die Delegirtenstage des  
Innungsverbandes deutscher Bauunternehmer und

des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt.  
— zwei verschiedene Firmen für die nämlichen  
Akteure. Der erstere, von drei behördlichen Ver-  
tretern begrüßt — (wer erinnert sich nicht der  
Episode gelegentlich des deutschen Bauarbeiter-  
schaftkongresses, wo die Regierung das Fernbleiben  
von Vertretern mit Mangel an Kräften ent-  
schuldigte?) — behandelte die Sicherung der Bau-  
forderungen, die Krankenversicherungsnovelle und  
die Frage einer Streikversicherung der Bauunter-  
nehmer.

Sinsichtlich der Krankenversicherungs- Reform  
erklärte sich der Innungsverbandstag gegen die Aus-  
dehnung der Unterstüzung von 13 auf 26 Wochen;  
dafür sei vielmehr die Invalidenversicherung heran-  
zuziehen. Die Beiträge der Arbeitgeber seien nicht  
zu erhöhen, wohl aber denselben die Hälfte der  
Vertreter zuzubilligen. Wie anspruchslos doch die  
Herren sind! Sie wollen ohne jede Gegenleistung,  
in den Krankenkassen herrschen. Natürlich erklärten  
sie fast alle Vorsitzenden der Kassen als Sozial-  
demokraten; sie gestanden indeß zu, daß sich Miß-  
bräuche in ihrer Amtsführung nicht nachweisen  
ließen. Ein Kreisgerichtsrath, Dr. Hülse-Berlin,  
theilte mit, es sei ihm bekannt, daß die Regierung  
neuerdings den Anschluß der Ortskrankenkassen  
an die Landesversicherungs-Anstalten plane.

Die Frage der Streikversicherung wurde in  
Verbindung mit der Frage der Vermehrung der  
Haftpflicht-Genossenschaften für das Baugewerbe-  
zwecks Abwendung der durch das Bürgerliche  
Gesetzbuch den Arbeitgebern auferlegten weiteren  
Haftpflichten erörtert und für beide Versicherungen  
eine gemeinsame Organisation empfohlen. Der  
Plan soll aber erst auf dem nächsten Verbands-  
tage zur Entscheidung gelangen. Im Prinzip  
wurde die Schaffung einer gegenseitigen Streik-  
versicherung jedoch anerkannt.

\* \* \*

Der Delegirtenstag des Arbeitgeberbundes war  
gänzlich dem Kriege gegen die Gewerkschaften und  
Streiks gewidmet. Der bekannte Scharfmacher  
Felsch-Berlin hielt die Einleitungsrede und er-  
klärte den Kriegszustand. „Wir befinden uns“,  
sagte er, „im Krieg, dazu brauchen wir Soldaten;  
ein im Moment des Gefechts geschaffenes Volks-  
heer kann uns wenig nützen; wir brauchen kampfs-  
geübte Truppen, sonst werden wir die ersten  
Schlachten immer verlieren.“ Ein weiterer schwerer  
Fehler sei, daß bei Streiks und Aussperrungen  
ausständige Arbeiter eines Bezirks von Arbeit-  
gebern anderer Städte ausgenommen werden. Das  
könne nicht so weiter gehen. Gemeinschaftliche  
Maßregeln gegen Streikende müssen die Haupt-  
aufgabe werden. Ein weitverbreiteter Irrthum  
sei es, die Listen (die schwarzen) als einziges  
und sicher wirkendes Mittel gegen die An-  
stellung streikender Arbeiter zu betrachten, ob-  
wohl deren Nutzen in keinem Verhältnis zu  
den hohen Kosten stehe. „Es giebt ein  
anderes Mittel, das weit einfacher und weniger  
kostspielig ist: Stellen Sie keine Arbeiter ohne  
ordnungsgemäßes Abgangszeugniß ein! Weisen  
Sie jeden Gesellen zurück, dessen Papiere nicht  
ordnungsgemäß sind!“ Der Vorstand habe sich  
die Förderung der Bundesinteressen in jeder Be-

ziehung angelegen sein lassen. „Eine gute Wirkung hatten besonders kurz gefaßte Artikel, die wir Redaktionen übermittelten und die durch die Presse Verbreitung fanden. Dadurch ist vielfach der Anstoß zur Gründung von Lokalverbänden gegeben worden. Es bleibt jedoch noch viel zu wünschen übrig.“

In der Debatte wurde dann noch hervorgehoben, daß die Invalidentätversicherungskarte das beste Kontrollmittel sei. Aus dieser ist zu ersehen, woher der Arbeiter kommt; ist in der betreffenden Stadt ein Ausstand, so weiß ich, es ist ein Streikender. Beschlossen wurde: „Die Lokalverbände werden verpflichtet, durch ständige Kontrollöre feststellen zu lassen, ob Arbeiter aus Streikorten auf Bauten eingestellt worden sind.“

Sinsichtlich der Einführung der Streikklausel in den Bauverträgen wurde ein entschiedenes Vorgehen verlangt. In Berlin sei man durch einen Vertrag mit den vereinigten Mörtelwerken ja glücklich so weit gekommen, daß Baumeister, die nicht im Bunde sind, keinen Mörtel mehr geliefert bekommen. So entschieden müsse man allerorts operiren.

Natürlich wurde eine entsprechende Resolution beschlossen.

Dann folgte der Bericht über die Streiks, der, vom Rathsbaumeister Simon-Breslau erstattet, sich durch bemerkenswerthe Offenherzigkeit auszeichnete. Er beklagte die vielen unglücklichen Streiks nach 3—14tägiger Dauer. „Wenn man nicht stark genug zu entschiedenem Widerstande sei, sollte man es gar nicht erst zum Streik kommen lassen. Es erwecke auch den Anschein, als wüßten manche Bauherren nicht recht zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen zu unterscheiden und verfolgten das Prinzip, jede Forderung abzulehnen. Das sei falsch. Zu einem siegreichen Ausstande sei die Sympathie des Publikums nöthig. Diese sei aber nicht zu erwarten, wenn berechnete Forderungen der Arbeiter abgewiesen würden; da wir eine schlechte Baukonjunktur zu erwarten haben, würde die Frage der Lohnherabsetzung wieder aktuell. Man solle aber nur da mit Kürzungen vorgehen, wo die günstige Periode zu übermäßig hohen (?) Löhnen geführt habe. Sehr wichtig ist die Frage: mit wem sollen wir bei Streiks verhandeln? Das hängt ganz davon ab, wie die Organisation beschaffen ist; wenn, wie in Breslau, von 2500 Maurern 2000 organisiert sind, hat es keinen Zweck zu sagen: ich erkenne die Organisation nicht an. Diejenigen, die unter solchen Verhältnissen mit Vertretern der Organisation nicht verhandeln wollen, rufen ganz unberechtigter Weise Differenzen wach. Eine große Anzahl Streiks ist entstanden, weil die Kollegen sich gewehrt haben, mit der Organisation zu verhandeln. Wir wollen doch ehrlich sein! Wären wir Arbeiter, würden wir ebenfalls das Bedürfnis nach Organisation haben. Deshalb ist es falsch, sich auf den Standpunkt zu stellen, mit Vertretern der Organisation nicht zu unter-

handeln. Ist es zu empfehlen, Vertreter auf längere Zeit mit den Arbeitern auszuschließen? Ich halte dafür, mit verständigen Leuten die Löhne nur immer für ein Jahr auszuschließen. Berechnete Ansprüche soll man willigen. Wir dürfen uns nicht verschweigen, noch viel zu bessern ist. Wie sieht es an vielen Bauten auf den Aborten und mit sonstigen Einrichtungen an? Ist es nicht bedauerlich, daß die Behörden erst durch Verordnungen viele Bauherren an ihre Pflichten innern mußten!? Ich bin auch der Meinung, daß man nach und nach bekommen kann, die Arbeitszeit zu verkürzen. Streiks sollte man möglichst vermeiden. mag ausgehen, wie er will, er schädigt auf Fälle auch die Bauherren. Wir in Breslau haben sehr gute Resultate durch Verhandlungen mit der Organisation, die von verständigen Leuten geleitet wird, erzielt. — Aufgabe des Arbeitgeberbundes ist es ebenfalls, auf gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzustreben; es muß der Arbeitgeber vorgebeugt werden, daß durch rückwärtsgehende Lohnherabsetzungen eine Schleichkonkurrenz eingeleitet wird.“

Für einen Bauarbeitgeber und noch dazu in Schlesien war das wahrlich mehr Verständniß, die wirklichen Thatsachen, als man in den Kreisen gesucht hatte, und die Bauunternehmer hatten wohl selbst kaum daran gedacht, daß ich Einer der Ihrigen eine solche Kapuzinerpredigt halten werde. Es war wirklich die höchste Zeit, daß Herr Simon noch eine Lanze für die Streikklausel brach und sich dadurch einigen Dank rettete, denn zu seinen vorherigen Ausführungen bewahrten die Herren ein eisiges Schweigen. Arbeiter können Herrn Simon für seine Offenherzigkeit nur dankbar sein und werden von seiner Rede noch recht oft und wirksam Gebrauch machen, namentlich, wenn es wirklich zu den angekündigten Perioden der Lohnherabsetzungen kommen sollte. Mögen sich die Bauarbeiter bei Zeiten gegen die Absichten der Bauunternehmer rüsten.

**Einen Pseudo-Arbeiterinnenschutz** erstattete der Bundestag der deutschen Gastwirthe, der kurzem in Heidelberg beschloß, gemeinsam dem Bund der Landwirthe und dem deutlichen Gastwirthsverbande um ein Verbot der Feilschung und Beschäftigung in kaufmännischen, besonders Waarenhaus-Betrieben für junge Mädchen unter 17 Jahren zu petitioniren. Der Geselgen guckt bei dieser Sorte Sozialreform doch gar verrätherisch hervor.

## Dom Arbeitsmarkt.

**Der Arbeitsmarkt im August.** Im August wurden bei 56 deutschen Arbeitsnachweisen 407 offene Stellen (August 1899 = 45 131), bei 47 799 Stellefuchende (August 1899 nur 42 261) gemeldet. Auf 100 offene Stellen kamen im August 107,3 Arbeitsuchende (1899 nur 94,1), was im Vergleich zum Juli 1900 (111,2) zwar eine Abnahme des Andranges bedeutet, aber eine entscheidende Besserung der Lage des Ar-

marktes verspricht. Es kamen, wie der „Arbeitsmarkt“ berichtet, an den Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen im Monat:

	1899	1900
März .....	87,7	94,8
April .....	99,0	96,7
Mai .....	101,3	101,2
Juni .....	93,0	103,4
Juli .....	100,5	111,2
August .....	94,1	107,3

Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Noch im Mai fand eine kleine Zunahme statt. Dagegen betrug gegen den Vormonat die Abnahme im Juni 0,6, im Juli 1,4 und im August 0,05 pZt. Steigendes Angebot von Arbeitskräften, Abnahme des Beschäftigungsgrades gehen Hand in Hand und schaffen eine Konstellation, unter der ein Winter mit hoher Arbeitslosenziffer zu erwarten ist.

## Arbeiterschutz.

Die **Gewerbeordnungs-Novelle** vom 30. Juni 1900, die mit dem 1. Oktober d. J. in Wirksamkeit tritt, enthält einige neue Bestimmungen, die noch nicht genügend Beachtung in Gewerkschaftskreisen gefunden haben. Da wird zunächst die Ermächtigung der Gemeinden, in § 120, Abs. 3, Arbeiter unter 18 Jahren zum Fortbildungsschulbesuch obligatorisch zu verpflichten, auch hinsichtlich der „weiblichen Handlungsgehülfe und -Lehrlinge“ erweitert. Das Bindezeichen vor Lehrlinge, welches besagt, daß nur weibliche Handelslehrlinge, nicht aber gewerbliche Lehrlinge im Allgemeinen zum Fortbildungsschulbesuch verpflichtet werden können, hat der Presse bereits Anlaß zu allerlei Betrachtungen über angeblich mißverständliche Redaktionen dieser Bestimmung gegeben, indem behauptet wurde, der besagte Bindestrich sei ohne Absicht des Reichstages hineingekommen. Der Gesetztext des § 120 Abs. 3 beweist indes klar, daß für männliche Gewerbelehrlinge und Arbeiter bis zu 18 Jahren die Möglichkeit der Einführung des Fortbildungsschulzwanges bereits früher bestand.

In § 133 aa, der für die Arbeitsverträge der Werkmeister, Techniker und Betriebsbeamten gilt, wird bestimmt, daß Aufkündigungen, die von der gesetzlichen Vorschrift des § 133 a abweichen, für beide Theile gleich bemessen sein müssen, und nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig sind. Zuwiderlaufende Vereinbarungen sind nichtig. Die vorstehenden Bestimmungen gelten jedoch nicht für Angestellte, deren Jahresgehalt M. 5000 übersteigt, ferner nicht für Angestellte, die für außereuropäische Niederlassungen angenommen wurden und für deren Rückreise im Aufkündigungsfalle der Arbeitgeber die Kosten trägt, sowie auch nicht für Angestellte zu vorübergehenden Dienstleistungen, sofern das Arbeitsverhältnis nicht über drei Monate hinaus verlängert wird. Für solche Angestellte müssen aber die Aufkündigungsfristen ebenfalls beiderseitig gleich sein.

Für Fabriken, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen und demnach eine Arbeitsordnung führen müssen, ist durch Zusatz zu § 134 b,

Abf. 1, Ziffer 2 die Lohnzahlung an Sonntagen künftig verboten. Arbeitsordnungen, die eine sonntägliche Lohnzahlung vorsehen, müssen also bis zum 16. September der neuen Vorschrift entsprechend geändert sein. Wo dies versäumt wurde, da gilt die gesetzliche Vorschrift ohne Weiteres über den ungültigen Passus der Arbeitsordnung hinweg als maßgebend.

Eine Verschlechterung enthält der neue Zusatz zu § 136, Abs. 1 (Pausenregelung für Jugendliche), wonach von der Vorschrift der Vor- und Nachmittagspause für Jugendliche in solchen Fällen Abstand genommen wird, wo diese nicht länger als 8 Stunden täglich und in zwei je vierstündigen Arbeitschichten beschäftigt werden. Daß vierstündige Schichten ohne Pause für einen jugendlichen Körper entschieden zu lang sind, wird jeder erfahrene Arzt bestätigen. Indes das Betriebsinteresse der Industriellen war hierfür maßgebend und so bleibt als einziger Vortheil die Förderung des Achtstundentages, der hoffentlich bald für alle Jugendlichen und Arbeiterinnen und in konsequenter Weiterführung auch für die erwachsenen Arbeiter zur Durchführung gelangt.

Durch Erweiterung des § 138a Abs. 3, der von Ueberarbeitsbewilligungen für erwachsene Fabrikarbeiterinnen an Sonnabenden und Festtagsvorabenden über 5½ Uhr Nachmittags hinaus handelt, wird der Arbeitgeber jetzt verpflichtet, eine Abschrift der behördlichen Ueberarbeitsbewilligung in denjenigen Fabrikräumen, in denen die Arbeiterinnen länger beschäftigt werden, an einer in die Augen fallenden Stelle auszuhängen. Für die richtige Durchführung des Arbeiterinnenschutzes ist dies von großer Bedeutung.

Endlich sind in Gewerkschaftskreisen über die Vorschriften betreffs der Lohnbücher und Arbeitszettel irriige Auffassungen verbreitet worden. So finden wir die Angabe, daß vom 1. Oktober ab für die Konfektionsbranche Lohnbücher und Arbeitszettel eingerichtet werden müssen. Das ist nicht der Fall. Die Novelle bestimmt nur (Art. 8), daß der Bundesrath für bestimmte Gewerbe Lohnbücher und Arbeitszettel vorschreiben kann. Eine solche Vorschrift konnte der Bundesrath bisher noch nicht erlassen, weil ihm das Recht dazu erst vom 1. Oktober an zusteht. Sie könnte demnach frühestens am 1. Oktober erlassen werden und von da bis zum Tage der Einführung dieser Bücher und Zettel müßte immer noch einige Zeit vergehen, da für deren Beschaffenheit bestimmte Grundsätze aufgestellt sind. Es muß Zeit gelassen werden, die Bücher herzustellen.

Also weder für die Konfektion noch für sonst ein Gewerbe werden am 1. Oktober Lohnbücher oder Arbeitszettel eingeführt.

Dagegen tritt am 1. Oktober eine Bestimmung in Kraft, die nicht auf bestimmte Gewerbe, wohl aber auf bestimmte Betriebe, nämlich auf alle Fabriken beschränkt ist. Nach Artikel 11 sind vom 1. Oktober an ohne Weiteres für alle minderjährigen Fabrikarbeiter Lohnzahlungsbücher einzurichten.

Das Lohnzahlungsbuch hat der Unternehmer auf seine Kosten zu beschaffen. Bei jeder Lohn-